

Bezugspreis:
Wochenblatt 30.- M., monatlich 10.- M.,
frei ins Haus, wochen- oder monatlich
bestellen; Quartalspreis 30.- M., einjährlicher
Bestellungspreis 100.- M. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für
das übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21,50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark,
Belgien, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. - Eingetragene in
die Postzeitungs-Verzeichnisse.
Der 'Vorwärts' mit der Sonntags-
beilage 'Welt und Zeit' und der Unter-
haltungsbeilage 'Heimwelt' erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Konzeptionszeile
kostet 5,50 M. 'kleine Anzeigen'
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
lässig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenangebote
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 3.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungszuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Postgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 2, abgegeben werden. Schlußzeit
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Hauptredakteur: Kurt Morawjan, Nr. 15190-15197

Mittwoch, den 2. März 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Hauptredakteur: Kurt Morawjan, Nr. 11753-54

Die deutschen Gegenvorschläge.

Beginn der Konferenz.

London, 1. März. Am heutigen Montag vormittag
11 1/2 Uhr fand im Lancasterhouse die erste Vollziehung der
Konferenz statt, an welcher außer der deutschen die englische, fran-
zösische, italienische, belgische und japanische Delegation teilnahmen.
Von der deutschen Delegation waren Reichsminister Dr. Simons,
die Staatssekretäre Bergmann und Schröder, Ministerialdirektor
v. Simson und von le Sulre und Staatssekretär Dewald anwesend,
ferner der Botschafter Sthamer, Lloyd George, der Präsident
der Konferenz, eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst
die Reparationsfrage zu besprechen. Reichsminister Dr. Simons
willigte ein und legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu
den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage dar, die in der vor-
liegenden Form unmöglich ausführbar seien. Einzelheiten darüber
enthalten die beiden Denkschriften, die er der Konferenz überreichte.
Reichsminister Dr. Simons gab sodann einen Überblick über
die deutschen Gegenvorschläge (die wir weiter unten
folgen lassen. Red.).

Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß die
deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf einer gänzlichen
Verleugnung der Bedürfnisse der Lage beruhten. Die Allier-
ten würden aber unter sich beraten und morgen ihre Ant-
wort geben.

Darauf wurde die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen.

Französische Version.

Nach dem Haasbericht hat Lloyd George noch erklärt, daß,
falls der Inhalt der Vorschläge im einzelnen den von Dr. Simons
hierüber abgegebenen Erklärungen entspreche, die Vorschläge
weder eine Prüfung noch eine Erörterung ver-
dienten.

Die Alliierten trafen nachmittags 4 Uhr zusammen. Lloyd
George empfahl den Sachverständigen der Alliierten, die mili-
tärlichen Sachverständigen und den Marschall Foch mit einbe-
griffen, in ihren Hotels sich bereitzuhalten, um einer Aufforderung
des Vorsitzenden der Konferenz sofort Folge leisten zu können.

Ergänzender Bericht.

London, 1. März. (E.C.) In seinen Darlegungen verbreitete
sich Dr. Simons ausführlich über die sorgsame Arbeit, die auf die
deutschen Memoranden verwendet worden sei und die durch die
Werte der Gesichtspunkte und den Geist der Verschönlichkeit, der
ihnen innewohnte, die Alliierten in Erstaunen setzen würde. (?)
Nach den Mitteilungen der Londoner Berichterstatter der Pa-
riser Presse hätten die Ausführungen des deutschen Außen-
ministers keinen günstigen Eindruck hinterlassen. Lloyd
George soll sich, wie der 'Temps' zu melden weiß, sogar geäußert
haben, man müsse die Sitzung schließen, weil, wenn weiter in dieser
Weise gesprochen würde, man noch dahin gelangen werde, Deutsch-
land Geld zu schinden.

Der deutsche Gegenvorschlag.

Die Pariser Beschlüsse der Alliierten vom 29. Januar 1921 sind,
wie in den überreichten Denkschriften ausgeführt, wirtschaft-
lich und finanziell

un erfüllbar.

Deutschland ist jedoch bereit, bei seinen Gegenvorschlägen bis an
die Grenze der Möglichkeiten zu gehen, die sich bieten würden,
wenn seine Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich bessern
würde. In dieser Hoffnung hält die deutsche Regierung die Auf-
stellung eines

Zahlungsplanes auf folgender Grundlage

für möglich:

a) der Höchstwert der von alliierter Seite geforderten 42 Annui-
täten beträgt bei der Deutschland angebotenen Rückdiskontierung der
Annuitäten mit 8 Proz. jährlich

etwas über 50 Milliarden Goldmark.

Eine ähnliche Ziffer ist auch in Neußerungen der alliierten Presse
wiederholt genannt worden. Auf diese rund 50 Milliarden Mark
sind die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands auf Grund
des Friedensvertrages, soweit sie auf Reparationskonto gutzuschrei-
ben sind, in Anrechnung zu bringen. Ein geringerer Abzug für
die Vorleistungen würde auch Gesamtsahlungen bedingen, welche
über das hinausgehen, was als zukünftige deutsche Leistungs-
fähigkeit verständigerweise erwartet werden kann. Es wäre zweck-
mäßig, wenn

eine besondere gemischte Sachverständigenkommission
den genauen Wert der Vorleistungen sohinmöglichst feststellen würde.
Durch den Abzug des Wertes der Vorleistungen von dem oben an-
gegebenen Wertwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Annui-
täten ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu
leistenden Zahlungen. Dieser Betrag soll sohinmöglichst

im Wege internationaler Anleihe

beschafft werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den ge-
samten Betrag oder auch nur seinen größeren Teil in nächster Zu-

kunft durch eine einheitliche internationale Anleihe aufzubringen,
wird zunächst eine Teilmobilisierung anzustreben sein. Zu
diesem Zweck schlägt Deutschland vor, eine Anleihe in möglichst großem
Umfange, etwa bis zu 8 Milliarden Goldmark, auszugeben, welche
möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung
gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art
befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig
gehalten werden, die Tilgung mit 1 bis 1 1/2 Proz. nach fünf Jahren
einsetzen. Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe den An-
leihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren. Abge-
sehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die
nächsten fünf Jahre die Zahlung einer

Annuität von je 1 Milliarde Goldmark.

Diese Annuitäten werden in erster Linie durch Sachleistungen gedeckt
werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen
deutschen Lieferanten und alliierten Bestellern eingeführt werden.
Deutschland erklärt ferner erneut seine Bereitwilligkeit, durch Arbeit
bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch
diese Leistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen. Der
Betrag der deutschen Reparationsschuld, der nicht sogleich durch die
internationale Anleihe oder anderweitig gedeckt ist, wird mit 5 Proz.
verzinst. Gegen diese Zinsen kommen bis 1. Mai 1926 die oben er-
wähnten Annuitäten von je einer Milliarde Goldmark in Anrech-
nung. Der Zinsbetrag, welcher hiernach etwa noch ungedeckt bleibt,
wird am 1. Mai 1926 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapi-
talschuld zugeschlagen. Die weiteren Abmachungen über die Finan-
zierung der Restschuld Deutschlands, insbesondere auch über die Til-
gung, welche nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleiben vor-
behalten. Sobald als möglich sollen weitere Teilbeträge im Wege
der internationalen Anleihe ausgegeben werden.

b) Es wird angenommen, daß die in den Pariser Beschlüssen
vorgesehene zwölfpromzentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr eine
Beteiligung der Alliierten

an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der wirtschaftlichen
Lage Deutschlands bezweckt. Der Grundgedanke einer Beteiligung
der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands wird
anerkannt. Dieser Gedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende
Berücksichtigung gefunden, daß die vorstehenden Vorschläge sich
nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründen, son-
dern eine vernünftige Einschätzung der Zukunft in Rechnung stellen.

c) Alle noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflich-
tungen Deutschlands aus Teil VIII Abschnitt 1 nebst Anlagen und
Teil X des Vertrages von Versailles sind als abgegolten anzusehen.
Das gleiche gilt von der Vergabe des Erlöses für zerstörtes Kriegs-
gerät (Art. 169) und von der sich aus Teil X ergebenden Verpflich-
tung Deutschlands, die Liquidation und Zurückbehaltung des in
den alliierten Ländern befindlichen deutschen Privatver-
mögens zu dulden. Unberührt bleibt die Verpflichtung Deutsch-
lands zur Restitution aus Artikel 238J (weggeführte Wertgegen-
stände usw.). Es besteht Einverständnis darüber, daß die Voraus-
setzung des Art. 431 des Vertrages von Versailles als eingetreten
gilt, sobald der gesamte zu a festgesetzte Betrag gezahlt ist.

Voraussetzung für die vorstehenden Vorschläge ist:

a) daß die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutsch-
lands ausfällt und demgemäß Oberschlesien bei Deutschland belassen
wird; b) daß die Hemmungen des Weltwirtschaftsverkehrs beseitigt
und das System wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung
durchgeführt wird.

Eine deutsche Denkschrift.

Aus der sehr ausführlichen Denkschrift des Sachverständigen-
kollegiums über die wirtschaftlichen Wirkungen der
Pariser Beschlüsse entnehmen wir folgende besonders markante
Stellen:

Belastung der deutschen Wirtschaft.

Die Belastung mit einer Annuität von 6 Milliarden Goldmark
würde die deutsche Bevölkerung mit 100 M. Gold oder mit 1000 M.
Papier pro Kopf und Jahr treffen.

Nach der Aufstellung der Sachverständigen der Alliierten be-
trägt die Steuerbelastung in Deutschland heute be-
reits 599 M. Papier gegen 390 Franken Papier in Frankreich.
Sie würde, auch wenn keinerlei weitere Kosten hinzutreten, bei einer
Annuität von 6 Milliarden bis auf 1599 M. Papier ansteigen. Dabei
darf nicht vergessen werden, daß die Steuerkraft gerade des Lei-
stungsfähigsten Teiles der Bevölkerung durch die bekannten
Abgaben vom Vermögen (Kriegsgewinnsteuer und Reichs-
notopfer) ganz erheblich geschwächt worden ist.

Das Durchschnittseinkommen beträgt nach den Berech-
nungen des Bureau des Statistisches in Deutschland je Kopf
der Bevölkerung rund 3900 Mark Papier, in Frankreich
rund 3200 Franken Papier. Bei einer Mehrbelastung um
1000 M. Papier würden sonach für den Jahresunterhalt verblei-
ben in Deutschland etwa 2900 Papiermark, in Frank-
reich 2100 Franken, d. h. etwa 11 500 Papiermark.

Zahlung kann nur geleistet werden durch Produktions-
überschuß.

Es sind fünf Zahlungsarten von Land zu Land möglich:
1. Zahlung durch deutsche Umlaufmittel ver-
bietet sich für Deutschland, weil die Gläubiger von ihnen nicht im
entsprechenden Umfang Gebrauch machen können, und
weil diese Umlaufmittel sich bei ihrer beständigen Ver-
mehrung fortwährend entwerteten. Je mehr in deut-
schen Umlaufmitteln gezahlt wird, desto wertloser wird die Zahlung.
2. Durch fortgesetzte Uebertragung von Wertchriften und ding-
lichen Rechten würde das Eigentum an deutschen Pro-
duktionsmitteln allmählich auf die Gläubiger
übergehen. Dann würden jedoch die Gläubiger ihre Renten
wiederum nur in deutschen Umlaufmitteln erhalten und der Nachteil
entstehen, daß die deutsche Arbeitskraft, wenn sie für fremde Unter-
nehmer einzusetzen ist, erschläft.

3. Dienste und Arbeitsleistungen für fremde Volkswirtschaften
in großem Umfange sind Deutschland nahezu unmöglich ge-
macht, da es die Werkzeuge dieser Dienstleistungen
(vor allem Schiffe) verloren hat, andererseits nicht gegen den
Wunsch seiner Gläubiger Arbeiter zur Ableistung von
Diensten ins Ausland entsenden kann.

4. Ausländische Kredite, deren Beschaffung durch die Pariser
Beschlüsse überdies erschwert wird, erfordern eine dauernde
Verzinsung, die wiederum zu dem Problem der Zahlungs-
leistung des einen Landes an das andere führt und daher nur eine
zeitliche Verschiebung und Erhöhung dieser
Zahlungen bedeutet. Ueberhaupt würde die regelmäßige
Beschaffung privater oder staatlicher Kredite im Ausland in
erforderlichem Umfange nicht gelingen.

5. Es bleibt somit nur der Weg der Güterausfuhr. Diese kann
sich jedoch weder auf die für den notwendigen Konsum be-
stimmten Rohstoffe und Produkte noch auf die im Laufe
der Jahrzehnte geschaffenen, durch Ausverkauf stark gelichteten
Produktionsmittel und Geräte erstrecken. Die Aus-
fuhr der letzteren würde Arbeitslosigkeit und Hungersnot zur Folge
haben. Die Güterausfuhr muß sich daher beschränken auf die
Ausfuhr des Produktionsüberschusses, d. h. der Dif-
ferenz zwischen Erzeugung und lebensnotwendigem Verbrauch. Nur
aus dem Uebererschusse einer auf parlamentarischen Eigenverbrauch
eingestellten Volkswirtschaft können nach Begleichung der Einfuhrrech-
nung Zahlungen der geforderten Art geleistet werden.

Handels- und Zahlungsbilanz.

Die deutsche Handelsbilanz ist passiv. Unter Berück-
sichtigung der Ergebnisse des ersten Halbjahres 1920 wird der Ein-
fuhrüberschuß für das ganze Jahr mit mindestens 2,5
Milliarden Goldmark anzunehmen sein.

Noch ungünstiger ist die Zahlungsbilanz. Das deutsche
Gold hat mindestens 4 Milliarden Goldmark jährlich
zum Ausgleich des Passivsolos an das Ausland abzuführen.

Wie kann die deutsche Handelsbilanz aktiv gemacht werden?

a) Beschränkung der Einfuhr.

Deutschland kann seine Handelsbilanz verbessern durch Be-
schränkung seiner Einfuhr. Insbesondere kann und soll
der Verbrauch fremder Luxusgüter beschränkt werden.
Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß dadurch für das Reich
große Einahmequellen unergiebig werden, und zwar
solche, auf deren Ausbau gerade die Sachverständigen der Alliierten
mehrfach hingewiesen haben. Einschneidender noch ist die Ver-
letzung der Interessen alliierter und neutraler
Länder.

Geht Deutschland noch einen Schritt weiter und schließt Ver-
tigwaren, soweit der Versailler Vertrag dies überhaupt zuläßt,
von der Einfuhr aus, so wird der heute schon fühlbare Widerstand
der ausfuhrwilligen Länder unüberwindlich.

Am schlimmsten aber ist, daß die ohnehin schwer geschädigte Ge-
samtkaufkraft der Welt noch tiefer sinken würde.

b) Ersparnisse an selbsthergezeugten Gütern.

Ersparnis an Nahrungsmitteln ist unmöglich. Soll eine nor-
male Ernährung der Bevölkerung wie vor dem Kriege wieder-
hergestellt werden, so müssen ausländische Nahrungs-
mittel und Düngemittel im Werte von 11 Milliarden
Mark Gold eingeführt werden. Ein Ausfuhrüberschuß an
Gütern wäre dann freilich überhaupt nicht mehr zu erzielen.

Ersparnis an Industrieprodukten im inländischen Verbrauch ist
ebensowenig möglich, da alle Produktionsanlagen
beruntergewirtschaftet sind und dringend der Erneuerung
und Verbesserung bedürfen und andererseits der Verbrauch der
Bevölkerung an den notwendigsten Gütern für Bekleidung und
Ausstattung auf ein Mindestmaß gesunken ist. Hier läßt
sich vielmehr behaupten, daß unverzüglich eine gründliche Er-
neuerung von Geschäftshäusern und Befriedigungs-
mitteln schon aus gesundheitlichen Gründen un-
abweisbare Notwendigkeit ist. Nachstehende Zahlen ver-
deutlichen den Konsumrückgang des deutschen Volkes in den
notwendigen Lebensmitteln und Verbrauchsgütern je Kopf der Be-
völkerung in Kilogramm:

Table with 3 columns: Item, 1913, 1920. Items include Fleisch, Mehl, Verbrauchsenergie, Baumwolle, Wolle, Steinkohle, Eisen.



### c) Steigerung der Produktion.

Die Handelsbilanz kann also nur in bescheidenem Umfange durch Einsparungen und Einfuhrbeschränkungen, härter nur durch Steigerung der Produktion und der Ausfuhr verbessert werden.

Sodann wird auseinandergelegt, daß die deutsche Ausfuhr von 25 Milliarden auf etwa 30 Milliarden steigen müßte, um den nötigen Ueberschuß zu ergeben. Käme noch eine 12prozentige Ausfuhrabgabe hinzu, dann müßte diese Ausfuhr gar 40 Milliarden jährlich erreichen, gleich doppelt so viel wie die gesamte Ausfuhr Englands im Jahre 1920.

Die logische Folge einer derart übertriebenen Steigerung der deutschen Produktion zum Zwecke der Ausfuhr müßte ein Emporschneiden der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt sein.

Die Erfüllung der Pariser Forderungen setzt eine Vermehrung der menschlichen Arbeitsleistung voraus, die nur in Jahrzehnten verwirklicht werden könnte. Vermehrte Arbeiterzahlen verlangen wiederum erhöhten Konsum.

Zunächst aber ist eine bedenkliche Verminderung nach Leistung und Zahl eingetreten. Die Leistung des einzelnen unterernährten Arbeiters ist geunken.

Es bleibt somit nur als letztes Mittel Verlängerung der Arbeitszeit. Durch internationale Vereinbarung ist der Weltarbeitstag auf acht Stunden beschränkt. Um die von Deutschland geforderte Leistung zu erfüllen, müßte

#### die Arbeitszeit des deutschen Arbeiters von acht auf vierzehn Stunden erhöht werden.

Dies bedeutet eine Leistung, die selbst in der Frühzeit der Industrialisierung Europas, die rücksichtsloser mit Menschenkräften umging, als unerträglich und unerfüllbar angesehen worden wäre. Es besteht keine Möglichkeit für ein Land, einen Anspruch von solcher Unmenschlichkeit an den größten Teil seiner eigenen Bevölkerung zu stellen, und es kann niemals die Meinung der Alliierten gewesen sein, unter Verletzung nicht nur des Geistes, sondern auch des Vorlautes des 13. Teiles des Versailler Vertrages (betz. Arbeitsfragen), Deutschland zur Stellung eines solchen Anspruches zu zwingen.

Qualitätsarbeit, wie sie der Produktionsapparat Deutschlands und seine Verpflichtung zu gesteigerter Erzeugung sie erfordert, kann nur von gesunden, arbeitswilligen und arbeitsfrohen Menschen, nicht von unterernährten, geknechteten und hoffnungslosen Zwangsarbeitern verrichtet werden. Der Eintritt eines solchen Arbeitsverhältnisses in irgendeinem Lande der Erde, ganz abgesehen von Deutschland, würde einen gefährlichen kulturellen Rückschritt bedeuten und unabsehbare Folgen für die Erdbevölkerung nach sich ziehen.

Bei der internationalen Verknüpfung aller Arbeitsverhältnisse können überdies grundlegende Umgestaltungen auf diesem Gebiete in keinem Lande ohne Zustimmung der Arbeiterorganisationen aller Kulturstaaten herbeigeführt werden.

#### Erzwungene Ueberspannung der deutschen Produktion und Ausfuhr.

Gelänge es, 40 Milliarden deutscher Waren zu erzeugen und auf dem Weltmarkt abzusetzen, so wäre Deutschland die zentrale industrielle Werkstätte der Erde, die zwar außer gebräuteten Verhältnissen und zu Hungerlöhnen arbeitet, die aber mit der ganzen Leidenschaft und Fähigkeit eines um sein Leben eingedachten Volkes und mit der ganzen Gewalt seines konzentrierten Produktionsapparates auf die Märkte der Erde wirken müßte.

Die Ausfuhrziffer sämtlicher Kulturstaaten zusammen genommen beläuft sich auf weniger als 100 Milliarden Goldmark. Hatte Deutschland in der Vergangenheit ein Zehntel des Gesamtertrages zu dessen, so würde es gezwungen sein, in Zukunft 40 Proz. auszubringen und entsprechende Mengen an Konsumgütern zu verzehren.

Dies könnte nur geschehen unter gewaltigem Widerstande aller beteiligten und betroffenen Nationen und unter einer Abwertung sämtlicher Warenpreise in einem Umfange, der allen Ländern die Produktion unrentabel machte. Jeder Marktfrage wäre Deutschland gezwungen, zu unterliegen, und läte es dies nicht freiwillig, so würde seine Balance so lange sinken, bis ein automatisches Herabsetzen des erforderlichen Warenquantums aus dem Lande erfolgt.

Deutschland will den Weltmarkt durch dumping nicht fördern. Ein unwillkürliches dumping aber entsteht durch den Zwang zu einer Exportfähigkeit, die jedes bisher gefamte Maß überschreitet und, da sie überdies von der Balancebewertung getragen wird, von keinem menschlichen Willen abgestellt werden kann.

Es gibt schon heute eine Anzahl von Produkten, bei denen die deutsche Ausfuhr derart innerhalb des

Weltkonsums überwiegt, daß eine Steigerung der deutschen Ausfuhr überhaupt nicht mehr möglich ist, ohne unmittelbar jede ausländische Konkurrenz zu zerstören. Zu diesen Produkten gehören Kleinteilewaren, Spielwaren, einfache Porzellanwaren, Chemikalien und Farbstoffe.

Die Konsumkrisis ist nicht bloß veranlaßt durch den Ausfall einer großen Zahl konsumierender Gebiete mit etwa 200 Millionen Menschen, sondern auch durch die Schwächung konsumierender Schichten innerhalb selbst der reichsten Länder.

Die Reparationsleistung kann nicht das Problem einer einzelnen Volkswirtschaft sein; sie ist das erste Problem einer neu zu gestaltenden Weltwirtschaft.

Deutschland ist entschlossen, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, um innerhalb dieser Gesamtwirtschaft den ihm obliegenden schwersten Teil der Leistung auf sich zu nehmen. Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung ist hier Voraussetzung.

London wird die Reihe der Verständigungen zu eröffnen haben, deren die Welt zum Aufbau ihrer Wirtschaft bedarf, die eine Wirtschaft der Selbstständigkeit und der Gerechtigkeit sein muß, wenn sie nicht von Krise zu Krise treibend in unabsehbarer Verwirrung enden soll.

Eduard Arnhold, Friedrich Balkusch, Dr. M. J. Bonn, Eder von Braun, Dr. Wilhelm Cuno, Friedrich Derlien, Hermann Dietrich, Dr. Carl Duisberg, Anton Erkelenz, Dr. Otto Frenkel, Carl Hansen, Rudolf Haverstein, Dr. Georg Heim, Ewald Hilger, Otto Keimath, Dr. Maximilian Kempner, Peter Kötner, Eugen Königler, Hans Kraemer, Heinrich Köstler, Georg Lüben, Dr. Wilhelm von Meinel, Dr. Carl Meißner, Dr. August Müller, Dr. Walter Rathenau, Hermann Silber Schmidt, Dr. Emil Georg v. Stauff, Hugo Stinnes, Franz Urbig, Albert Vögler, Franz Wieber, Dr. Otto Wiedefeld, Rudolf Wisfl.

### Eine zweite Denkschrift.

Eine weitere Denkschrift der Sachverständigen über den Haushalt des Deutschen Reiches ist den Alliierten überreicht worden, die auf die einzelnen kritischen Bemerkungen der Alliierten über den Reichshaushalt eingehend antwortet und die Unmöglichkeit wesentlicher Ersparnisse bzw. erhöhter Steuer- und sonstiger Einnahmen nachweist. Es heißt darin u. a.:

„In Gold umgerechnet ergibt sich bei 60 Millionen Bevölkerung auf den Kopf nur ein Goldeinkommen von 233 1/2 Goldmark pro Jahr. Hierin drückt sich die ganze Verarmung des deutschen Volkes aus. Die Ziffer wird ja auch bestätigt durch die außerordentliche Unterbilanz des Außenhandels, durch die Notwendigkeit, mit Papiergeld einen großen Teil der Einfuhr zu bezahlen. Sie findet weiter ihre Bestätigung in der außerordentlich gedrückten Lebenshaltung des größten Teils des deutschen Volkes.“

Die Denkschrift kommt zu dem Schlussergebnis, daß, trotzdem starke Steuererhöhungen in Aussicht stehen, auf die Dauer auch bei schärferer Einsparung kein besonders großer Ueberschuß über den eigenen inneren Bedarf zu erzielen sein wird und daß es absolut unmöglich ist, die in den Pariser Beschlüssen geforderten Goldannuitäten auf dem Wege der Besteuerung aufzubringen.

### Der gordische Knoten.

Die wenigen Worte, die Lloyd George nach den Ausführungen unseres Hauptunterhändlers gesprochen hat, kennzeichnen, um den ganzen Ernst der Situation zu kennzeichnen. Nach der französischen amtlichen Version klingen diese Worte womöglich noch wesentlich schärfer. Danach würden sogar die Aussichten auf eine Verständigung bereits jetzt sehr gering erscheinen. Wir vermögen im einzelnen zu den Gegenvorschlägen Deutschlands nicht Stellung zu nehmen. Daß ihre nüchterne Darlegung keinen übermäßig günstigen Eindruck auf die Alliierten machen würde, war vorzuzusehen, zumal diese mit vorgesehener Reinung zu der Londoner Konferenz gekommen sind, wie aus ihren eigenen wiederholten Erklärungen in den letzten Wochen deutlich hervorgeht. Sie sind mit Ach und Krach in Paris zu einer oberflächlichen Einigung gekommen und wollen offenbar, genau wie zur Versailler Zeit, die Feuerprobe einer sachlichen

Diskussion gar nicht wagen, in der Erkenntnis, daß sie sie nicht bestehen würden und daß ihre Einigkeit in kürzester Zeit in die Brüche ginge. Daß die Alliierten über Nacht eine gerechte und sachliche Würdigung des deutschen Gegenangebots vornehmen könnten, ist ausgeschlossen. Nehmen sie es in der Gesamtheit und mit derselben Schroffheit schon heute mit ab, die der englische Premier bereits in seiner Erwiderung auf die Simonsche Rede gezeigt hat, dann werden sie damit nur beweisen, daß sie eben nicht willens sind, das Problem der Reparation nüchtern zu behandeln, sondern daß sie vielmehr entschlossen sind, ihren Willen mit der Gewalt durchzusetzen. Daß der gordische Knoten der Wiedergutmachung mit dem Schwert zu lösen sei, wird wohl auch drüben kein vernünftiger Mensch glauben. Das wäre Katastrophenpolitik schlimmster Art, mit der sich die Entente vor den sachlich denkenden Menschen aller Länder um den letzten Rest ihres Ansehens selbst bringen würde.

Anstatt die Gegenvorschläge Deutschlands mit einer Handbewegung abzuweisen und die Alliierten auf den Plan zu rufen, sollten die alliierten Staatsmänner sich eine halbe Stunde ruhiger Ueberlegung gönnen, in der sie die Denkschrift der deutschen Sachverständigen über die Folgen ihrer Pariser Beschlüsse ohne Hast und Leidenschaft prüfen müßten. Uns scheint dieses Dokument, das wir hier leider nicht wörtlich veröffentlichten können, dessen markanteste Stellen wir aber wiedergeben, derart überzeugend zu wirken, daß wir zumindest, ehe irgendwelche Schritte, namentlich militärischer Art, unternommen werden, eine Beantwortung der darin enthaltenen einzelnen Behauptungen und Schlussfolgerungen für unbedingt erforderlich erachten.

Auf diese Denkschrift, namentlich auf diejenigen Stellen, in denen die Folgen der Pariser Beschlüsse für die Lebenshaltung und die Arbeitsverhältnisse des deutschen Proletariats und des Proletariats der ganzen Welt mit scharfsichtiger Deutlichkeit und Logik auseinandergesetzt werden, verweisen wir alle Anhänger der Sozialdemokratie. Wer diese Darlegungen liest, wird es verstehen, warum auch wir nach wie vor die Pariser Beschlüsse für un-diskutabel halten.

Gleichviel was in den gestern überreichten Gegenvorschlägen steht bzw. vermehrt werden kann, wenn die Alliierten jetzt schon abrechnen oder sonstige zum Ausdruck bringen, daß sie an ihren mörderischen und selbstmörderischen Pariser Forderungen festhalten, dann gilt es für das deutsche Proletariat zusammen- und durchzuhalten zu seiner eigenen Rettung und zur Rettung der Arbeiterklasse der ganzen Welt vor dem schlimmsten Sklavenjoch, das jemals der Kapitalismus hat aufrichten wollen!

### Ein englischer Sitzungsbericht.

London, 1. März. (Reuter.) Die heutige Vormittagskonferenz, auf der Simons im Namen Deutschlands eine Erklärung abgab, dauerte zwei Stunden. Während Simons die deutschen Vorschläge im einzelnen zu verlesen begann, unterbrach ihn Lloyd George und sagte, wenn Simons es für der Mühe wert hielt, irgendwelche Dokumente zu unterbreiten, so könne er es tun, aber angesichts der allgemeinen Erklärung der Alliierten könne Lloyd George ihm nicht verzeihen, daß die deutsche Regierung sich in einem völligen Mißverständnis über die Stellung der Alliierten zu befinden schiene, die schon übererlangt worden wären, daß der gemachte Vorschlag so beschaffen sei, daß sie ihn als Erfolg für den Pariser Vorkrieg weder prüfen noch erörtern könnten.

Simons Erklärung besagte, daß Deutschland die Pariser Vorschläge in der gegenwärtigen Form nicht annehmen könne, sondern Gegenvorschläge machen wolle. Simons überreichte zwei Denkschriften, die die Pariser Vorschläge kritisierten. Die Meinung der deutschen Regierung lag darin, daß die Pariser Vorschläge auf einer zu fälligen Auffassung der Lage der deutschen Industrie basierten. Dessen ungeachtet habe sich Deutschland entschlossen, endgültige Vorschläge zu machen, weil es für jedes Opfer vorbereitet sei, wenn es an die Stelle der unbegrenzten Verbindlichkeiten des Vertrages von Versailles begrenzte Verbindlichkeiten setzen könne.

Der amtliche Bericht steht nicht zur Verfügung. In der Nachmittagsitzung, in der die Alliierten die Erklärung Simons in Erwägung zogen, waren die deutschen Delegierten nicht zugegen.

## Herzen empor!

Konzert-Umschau.

Orchester sind keine Maschinen, sondern sehr diffizil zu behandelnde lebende Organismen, deren einheitliche und kunstwertvolle Leistung von hundert inneren und äußeren Motiven abhängt. Zu wesen gehört wohl die gute Laune, das technische Können, das Verantwortungsgelühl, die Unterordnung des einzelnen; aber mehr als alles das bestimmt die Führung des Orchesters seinen Ruf und seinen Wert. Man gebe sich nicht dem Irrtum hin, daß unsere prächtigen Philharmoniker „von selber“ spielen. Natürlich können sie auch das, und es gibt sogenannte Dirigenten, um die sie sich mit Recht kaum bekümmern, weil es ihnen künstlerischer scheint, den stabschwingenden Herrn zu dirigieren, als sich von ihm nachführen zu lassen. Man achte aber einmal auf die Gestalt, auf die Anspannung, Aufmerksamkeit, Freude und Lust der Musiker, wenn Herr Z. dirigiert, und wenn Nikisch den Stab anhebt. Eine andere Welt tut sich auf. Zweimal in einer Woche stand Nikisch vor den Philharmonikern. Am 9. seiner Konzerte setzte er sich für Korngolds Sinfonische Ouvertüre op. 13 ein. Sie trägt den Untertitel „Sursum corda“ — „Herzen empor!“ Wahrhaftig, das müßte Ein und Alles jeder musikalischen Eingebung von Rang sein, die Herzen aus Rot zur Freude, aus Dunkel zu den Sonnen zu führen. Am schicksalsschwersten Monat seines Lebens ist ganz Deutschland von diesem Sehnsuchtsruf erfüllt; das heisende Wort, von einem Genius in klingendes Wunder überfegt, müßte das Herz der Welt lichtvoll bestrahlen und könnte Brücken schlagen von Freund zu Feind, von Bruder zu Bruder. Solche Titanenkraft hat der Schlußsatz der IX. Sinfonie. Korngold hat seinem Willen zu einer lebendigen Tat in diesem sinfonischen Satz nicht die Größe einer weltumspannenden Idee hinzugefügt. Es fehlt nicht an technischer Bemessung des Stoffes, die C-dur-Einführung ist großartig, heroisch und verpricht viel, das leidvoll sich quälende Rationmaterial des Mittelteils klingt ergriffen und, auch am Ende sieht Musik und wuchtet uns an, frei von Gedärde. Dennoch: eine Abstraktion, kein Erlebnis; ein Mysterium, kein aufgebautes, klar gegliedertes Ganzes; es fehlt die große, bestimmte, rücksichtslose Linie, die von unten gerade empor führt. Dem Klavierapparat des Orchesters entspricht nicht die Wärme und erlösende Kraft der Inspiration, und der Emporschwingung der Herzen bleibt aus. Verständlich ist die Abneigung Korngolds gegen Modernitäten, peinlich das Zerhackte der rhytmischen Auffassung.

Zum zweiten betraute Nikisch Frau Hähler-Vandolt an ihrem Klavierabend. Die sympathische Künstlerin hatte sich mit dem papiernen, einfallersamen und nicht einmal dankbar-virtuos geschriebenen Konzert ihres Landsmanns Huber arg vergriffen. Wo sollte sie da wohl Seele herholen und im Spiel widerpiegeln? Sie begnügte sich damit, nach Ueberwindung einiger Ungleichheiten den siltlichen Part technisch sauber und nobel wiedergzugeben und in den Kadenz, wo allein eigentlich das Klavier sich den Atem für eine Aussprache freibt, durch Grazie die Phrasologie der Vorlage zu vertuschen. Frau Hähler-Vandolt spielte hier, verstärkte ihr rhytmisches Empfinden und erlöste die Lampenangst, dann wird ihre Begabung sich frei und schön entfalten.

Furtwängler leuchtete in Schönbergs „Verklärte Nacht“ mit bewundernswert geschwungener Fiedel. Das ist, ohne

Umschweife sei's gesagt, ein ganz herrliches Stück Musik; und es drückt auf das Herz, wenn der Schönberg dieses Opus 4 mit dem Schönberg des Opus 11 oder 16 verglichen wird. Welch ein Reichtum ging verloren! Reichtum an Klang, triftsinniger Schönheit, an kontrapunktischer Feinarbeit, an menschlichen, allzu menschlichen Nüchternheiten der Seele. Furtwängler beherrscht auch dieses schwere Werk vollendet, dirigiert es nicht nur auswendig, sondern mit dem Herzen (par coeur). Um so mehr muß die Ausführung beanstandet werden. Der kammermusikalische Charakter dieser vom Ethos Dehmischer Gebanten getragenen Oper geht in vollen Orchester der Streicher verloren, auch wenn Einzelheiten siltlich abgehoben werden. In den lebhaften Partien des Sertetts treibt Furtwängler, der alles, nur kein Geiger zu sein scheint, das Tempo bis zu technischen Unmöglichkeit. Keine Bratschen- oder Cellaphrasen kam notenrichtig zustande. Und manche Unsauberkeit im harmonischen Wechsel wies auf Proben zweier Tage. Zwei Monate wären selbst bei der Staatskapelle nötig gewesen. Schalkowskys 5. Sinfonie bildete in gemildert Form den Abschluß des Konzerts, der Zuckergeschmack auf der Zunge aber schwindet nicht. Und Furtwängler reifte am gleichen Abend wieder ab. Wie lange wird das ohne Nachteile für die Kunst so weitergehen?

Vorgüglich spielten die Philharmoniker unter L. Schmidts Leitung, der aus reichem Wissen einen klugen Witz der famischen Oper gab; schwungvoll die Staatskapelle unter Schillings im Großen Schauspielhaus Wagnerische Vorspiele. Beide Veranstaltungen fanden zum Besten der amtierenden Meisterkapellen statt und waren dicht besucht. Kurt Atterberg, der bekannteste schwedische Tonsetzer, machte uns mit einem Violinkonzert von Roland Berg bekannt. Bei aller Rot und allem Mangel an brauchbaren Virtuositäten muß auch dieses Konzert abgelehnt werden; es ist kurzatmig, belanglos für die Geige, selbst in den Kadenz, das Solo mildet sich sehr bescheiden in das viel reichere und interessanter bedachte Orchester hinein, ohne selbständig zu werden. Das verleiht dem Genuß besonders im ersten, aber auch in dem siltlich aufgeduhten dritten Satz, während das Andante (von Tobias Wilhelm sinnig gespielt) trotz der starken Richtung von Grieg- und Bruch-Tönen gefaßt kann. Wiesylom Münz entbleibt das Blüthen-Orchester zur Begleitung seiner Klavier-Bourée. Er ist ein biederer, korrekter, etwas akademischer Spieler, kann allerdings in den hausbackenen geraden sinfonischen Variationen von César Brand nicht viel an Ausdrucksvollkommen verorten, in Rachmaninoffs C-moll-Konzert wenigstens gesunden Spiels-Glan. Den hat Max Jaffé zum Ueberdruß. Ist er ein Befleiner oder ein Pianist? Die Entscheidung ist bei dieser Unruhe des Pianisten sehr schwer. Er kann sehr viel, und das Ueberliche Rondo der as-dur-Sonate gerät bei geschlossenen Augen als ein Kabinettstück feinspüriger Fingertun. Stilltisch vornehm und mit klug leitender Linker spielt Pepito Ferrillo sich aus den Fesseln des Wunderkindertums frei heraus, sein Temperament für den Karneval Schumanns sparend. Alles sehr anständig, noch ohne großen, persönlichen Zug. An der Drag wird Frau Heitmann langsam zum Ersten seines Fochs in Berlin. Ich komme auch in seiner prächtigen Ausarbeitung des Regerschen op. 127 nicht über die respektvolle Bewunderung des Kaufmanns Reger hinaus; die Choral-Phantasien weffen das Herz, und in der Variation wird das harmonische Juwel-Rennen einem rein musikalischen, nicht mehr artistischen Grundgedanken

untergeordnet. Wenn einer Reger so spielt wie Heitmann, so hat sein Werk auch für den sachlich nur halb Orientierten oder Interessierten starke Werbefraft. Hans Schulz war diesmal nicht ganz in Form. Störte sie die Mitwirkung des assistierenden Georg Schaffhäuser? Der Baritonist spielt in romanischen Duetten immer eine etwas gedrückt-komische Rolle. Warum sich die Laune verderben lassen? Das schlägt auf die Stimme, die forciert klingt, und die erst nach einer ganzen Weile dem schönen Klang von einst und dem aparten Vortragstalent dieser feinen Sing-Begabung Platz macht. Auch der Begleiter störte: er verwechselte Harle und Schander, Kanier und Tronmmel. Eine Lied will gefungen und in Fingerspitzen empfunden sein. Dann erst wirkt es als Hoffnung und Befreiung, als Schlußsatz: „Herzen empor!“ Dr. Kurt Singet.

Wie das Saccharin entdeckt wurde. In diesen Zeiten der Zuckerknappheit ist das Saccharin, dessen Verwendung durch Gesetz sehr eingeschränkt war, wieder zu Ehren gekommen. Wenn es auch nicht den geringsten Nährwert besitzt, so ist es doch als Wärmittel bei der Zubereitung von Speisen nicht zu unterschätzen. Freilich muß bei seiner Verwendung eine gewisse Vorsicht walten, da seine Süßkraft etwa 500mal so groß ist wie die des Rohzuckers. Diese hohe Süßkraft führte auch zu seiner Entdeckung durch Fahlberg. Der im Jahre 1910 verstorbene deutsche Chemiker erzählte, wie die „Chemisch-Technische Wochenchrift“ in Erinnerung bringt, darüber folgendes: Im Sommer 1878 war er in dem Laboratorium der John-Hopkins-Universität zu Baltimore mit Versuchen zur Darstellung bis dahin noch unbekannter organischer Körper beschäftigt. Eines Abends fiel ihm zu Hause beim Essen der süße Geschmack eines Brotes auf, er bemerkte aber bald, daß dieses von seinen Händen herrührte, obwohl er sie nach Beendigung der Laboratoriumsarbeit gewaschen hatte. Er eilte in das Laboratorium zurück und durchstöberte sämtliche auf seinem Arbeitstisch befindlichen Gläser und Schalen; dabei fand er, daß der Inhalt eines der Gläser auffallend süß schmeckte. Die chemische Analyse ergab, daß es sich um das später von Fahlberg Saccharin genannte Benzoesäurefurfuryl, also einen Abkömmling des Benzols handelte. Im Jahre 1884 gründete dann Fahlberg die erste kleine Saccharin-Fabrik in New York, um zwei Jahre später die Fabrikation auf deutschem Boden im Großen zu beginnen.

Die erste der „Literarischen Sonderveröffentlichungen“, in denen der Verein Sollensöhne zu einem geringen Einheitspreise auch solche Werke zugänglich machen will, die sich zu den stammbühnen Abendunterhaltungen nicht eignen, soll am 20. März mittags im Neuen Gesellschafters-Restaurant stattfinden. Zur Darbietung wird unter der Regie Emil Linders „Verbrüderung“, ein Hochgelang unter dem Regendenen in fünf Staffetten von Paul Reich gelangen. Karten zu 5 M für Mitglieder und 10 M für Nichtmitglieder in der Geschäftsstelle des Vereins sowie an den Theatersassen der Theatralischen Bühnen zu erlangen.

Berliner Denkmalsfrage. Bei der jetzt durchgeführten Neuordnung der Denkmalskommission ist ein besonderes Augenmerk für Denkmalsfrage eingeräumt und dem Bauat Julius Rohde in Charlottenburg übertragen worden. Das neue Dezernat umfaßt sowohl Denkmalsfrage und Denkmalsbau im allgemeinen als auch im besonderen die Verwaltung der Bau- und Kunsterbe sozialischen Befuge.



# Der Stadthaushalt für 1920.

## Annahme der Straßenbahntarifserhöhung.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde gestern der Entwurf des ersten Haushalts der neuen Stadtgemeinde Berlin zur Genehmigung vorgelegt. Er ist eigentlich nur noch ein Kassenabschluss, da ja das Verwaltungsjahr 1920, für das er gilt, schon zu Ende geht. Oberbürgermeister Böß, der bisherige Kammerer, erläuterte den Entwurf mit einer Rede, in der er die Finanzlage Berlins als überaus ernst schilderte. Die Ausgaben für Löhne und Gehälter seien zu außerordentlicher Höhe angeschwollen, die schwebende Schuld habe bereits die zweite Milliarde erreicht. Nachdrücklich wies aber Böß das Gerüde zurück, daß Berlin nicht mehr kreditfähig sei. Doch will er mit Anleihen nur noch in Ausnahmefällen die Mittel aufbringen. Verminderung der Ausgaben sei dringend nötig. Einen scharfen Angriff richtete der Oberbürgermeister gegen die westlichen Vororte, die ihre Eingemeindung nach Berlin rückgängig machen möchten. Zu dem Haushaltsentwurf werden die Fraktionen sich erst in der nächsten Woche äußern. — Der in der vorigen Sitzung abgelehnte Magistratsantrag auf Erhöhung des Straßenbahntarifs lehnte schon gestern als dringliche Vorlage wieder. Diesmal wurde ein Weg gefunden, die Annahme zu ermöglichen. Der 1-Mark-Tarif tritt am 3. März in Kraft.

### Sitzungsbericht.

Am 9. Februar hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin in Sachen des Tariftarifs der freien Gewerkschaften gegen den Magistrat wegen Erhöhung der Lohn- und Vergütungssätze der hiesigen Arbeiter und nichtständigen Angestellten einen Schiedsspruch gefällt, der die Stadt verpflichtet, ab 1. November 1920 einen Zuschlag von 15 Proz. zu gewähren. Nachdem die Gewerkschaften den Schiedsspruch angenommen haben, ist ihm auch der Magistrat beigetreten. Die Mehrkosten von jährlich 121 Millionen sind in Höhe von 50 Millionen ungedeckt. Der Magistrat hat zur Deckung der vom 1. April 1921 entstehenden Mehrkosten eine weitere Erhöhung der Tarifrate in Aussicht genommen, und zwar für 1 Kubikmeter Gas 10 Pf., für 1 Kilowattstunde Lichtstrom 50 Pf., für 1 Kilowattstunde Kraftstrom für Kleinabnehmer 30 Pf. Der Ausschuß hat gestern geäußert und die

Zustimmung zu dem Schiedsspruch empfohlen. sich aber mit der Deckungsfrage nicht befaßt, sondern beantragt, diese an die Werks- und die Finanzdeputation zur Erledigung zu überweisen. In der anschließenden mehr als einstündigen Erörterung machten die Vertreter der D. Sp. durch v. Eynern ihre Zustimmung zum Schiedsspruch von der Lösung der Deckungsfrage abhängig, die der Ausschuß zu unrecht beiseite geschoben habe, die er aber ebenfalls zu lösen beauftragt gewesen sei. — Haß (Soz.) sprach für den Ausschußvorschlag und lehnt die Verzichtung des Schiedsspruchs mit der Deckungsfrage ab. Ueber die vom Magistrat beabsichtigten Tarifserhöhungen seien nicht einmal die Vertretungen gehört worden.

Der Antrag v. Eynern wird mit 98 gegen 58 Stimmen abgelehnt, der Schiedsspruch anerkannt. Auch die Anträge Börs verfallen der Ablehnung.

### Feststellung des Stadthaushaltsplans für 1920.

#### Oberbürgermeister Böß:

Ich habe in Vertretung des noch nicht gewählten Kammerers heute den Etat für 1920 bei Ihnen einzuführen mich entschlossen. Der Etat ist mehr ein Kassenabschluss als ein wirklicher Finanzplan; einen solchen haben die ganz außergewöhnlichen Verhältnisse, unter denen Groß-Berlin zustande kam, unmöglich gemacht. Der Abschluß ist natürlich sehr unerfreulich. Der Versuch der Erhaltung der deutsche Volkskraft zu zerstören, wird mit ungeheuren Kräften fortgesetzt; wann wird die Vernunft siegen, wann wird es zum wirklichen Wiederaufbau kommen? Niemals war die Macht des Kapitals größer als heute. Unsere Bevölkerung ist immer noch unterernährt, lebt zum Teil im bittersten Elend. Den humanitären Bestrebungen in Amerika und bei den Neutralen,

unseren verelendenden Kindern zu Hilfe zu kommen, gebührt immer Dank. (Allseitiger Beifall.) Die Durchführung eines geordneten Haushalts ist abhängig von der Durchführung der neuen Verwaltungsorganisation. Die kleinmögliche Feststellung des Haushalts für 1921 ist eine dringende Notwendigkeit. Die Abschlußziffer beträgt

5,9 Milliarden.

Die ist sehr hoch. Auf die Werke allein entfallen davon 2,3 Milliarden. Die vielfach planlose und unverantwortliche Wirtschaft im Jahre 1920 hat viele Ausgaben mit sich gebracht, die nicht notwendig gewesen wären. (Hört, hört!) Allein an Bekleidungsmaterial befindet sich in den Vorräten für 80 Millionen Vorrat, wovon heute kein Mensch mehr etwas abnimmt. Die Einnahmen Berlins stehen in immer stärker gemordenen Verhältnissen zu den Ausgaben. Im Jahre 1920 kostete der Beamtenapparat 1200 Millionen; Berlin ist eine Versorgungsanstalt für ein Heer von Personen geworden, die mehr oder minder zufällig an dem gedeckten Tisch Platz genommen haben. (Wutruf bei den Komm.) Hier muß auf Einschränkung mit aller Kraft Bedacht genommen werden; auch Urlaub, Arbeitszeit usw. sind unter diesem Gesichtspunkt zu revidieren. Berlin hat 2 1/2 Milliarden feste und 2 Milliarden schwebende Schuld;

#### an Verlusten in der Lebensmittelversorgung

sind durch die Ernährungspolitik des Reichs 400 Millionen erwachsen. (Bewegung rechts.) Für die Arbeitslosen sind Summen aufgewendet worden, die zu dem damit Erzielten in keinem Verhältnis stehen. Berlin ist natürlich nach wie vor kreditfähig, hat aber doch unter diesen abnormen Verhältnissen schwer zu leiden. Wie das Reich und die Länder, wird sich auch Berlin nach der Decke strecken müssen. Anleihen können nur äußerstenfalls und in Notständen in Frage kommen; auch die außerordentlichen Ausgaben werden auf die ordentlichen Einnahmen in der Hauptsache angewiesen sein. Schließlich werden Gewerbs- und Grundsteuer weiter angehoben, und die Gemeindefiskussteuer wird ebenfalls noch ausgebaut werden müssen. — Wir brauchen eine übersichtliche Organisation der Verwaltung. Die neue Finanzverwaltung ist noch nicht vollendet. Einige Vereinfachungen haben schon durchgeführt werden können. Ein gutes Zeichen für die gute Wirkung der Eingemeindung ist, daß man im Westen schon wieder von uns fosszukommen sieht.

#### He wüßten Morgenluft.

(Heiterkeit.) Gemacht, Ihr Herren! so leicht wird euch das nicht werden. — Ich glaube an Berlin, ich glaube auch an die Zukunft Berlins. (Beifall.)

Die Geschäftsbeurteilung wird über acht Tage stattfinden. gestern vom Magistrat zugegangenen anderweitigen Vorlage wegen heute vom Magistrat zugegangenen anderweitigen Vorlage wegen

#### Erhöhung der Straßenbahntarife

zu. Diese Vorlage hat vorgestern in der Verkehrsdeputation eine Würdigung erfahren; die Fraktionsführer haben ihr zugestimmt. Sie enthält die früheren Vorschläge und hat bezüglich des streitigen Punktes (Ziffer 4 der früheren Ausschlußanträge betr. Revision des Tarifvertrages, Achtstundentag und Betriebsabzünge) der Tarifrevision eine Fassung erhalten, die ihr eine Mehrheit zu sichern geeignet ist.

Nachdem die Dringlichkeit der Vorlage anerkannt ist, gibt Ber-muth (Soz.) folgende Erklärung ab: „Die sozialdemokratische Fraktion hat durch ihren am 24. Februar gestellten Antrag, die Ziffer 4 zur näheren Beratung an die Tarifkommission zu überweisen, erreichen wollen, daß die darin erwähnten Mängel erörtert und durch Abänderung des Tarifvertrages abgestellt werden sollen. Da sie überzeugt ist, daß der beanstandete Punkt 4 der Vorlage in seiner neuen Fassung (es ist alsbald über eine Revision des Tarifvertrages, insbesondere soweit es die §§ 9, 11, 12, 13 angeht, mit den Arbeitnehmerorganisationen zu verhandeln) lediglich eine Revision der nichtbedingten Auslegung der Tarifbestimmungen bezweckt, erklärt die sozialdemokratische Fraktion, der Vorlage nunmehr ihre Zustimmung geben zu wollen. Eine sofortige Verabschiedung der Vorlage hält die sozialdemokratische Fraktion schon um deswillen für geboten, weil sonst ein weiterer finanzieller Ausfall von mehre-

ren Millionen die Stadt zwingen müßte, Tausende von Arbeitern und Angestellten zu entlassen und den Verkehr erheblich einzuschränken.“

Rieth (U. Soz.) beantragt betr. der Befugnisse der Betriebsräte folgende Fassung: „Die Befugnisse der Betriebsräte sind im Einklang mit den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen zu regeln.“

Nachdem Stadtbaurat Adler noch hervorgehoben hat, daß die Ablehnung der Erhöhung sofort die Einstellung von Linien und Entlassungen in großem Umfange zur Folge haben müßte, kommt in der Abstimmung der Passus betr. der Revision in der oben mitgeteilten Fassung zur Annahme. Auch der Passus „der durchsicherte Achtstundentag zur vollen Durchführung zu bringen“ wird angenommen. Der Antrag Rieth wegen der Betriebsratsbefugnisse wird abgelehnt; es verbleibt dabei, daß diese Befugnisse auf den Umfang beschränkt bleiben sollen, die den Betriebsräten nach dem Gesetz zustehen.

Darauf wird auch die

#### Tarifserhöhung beschlossen.

Abänderungsanträge der Deutschnationalen wegen Ermäßigung für Studenten, und des Zentrums wegen weiterer Ermäßigungen für Kinder und Schüler werden abgelehnt. Die Erhöhung auf 1 Mark tritt am 3. März, die Einführung der Umsteigerarten am 7. März in Kraft.

In der Gesamtabstimmung stimmen gegen die Vorlage die Kommunisten und die beiden Parteien der Rechten.

Eine lange Erörterung knüpft sich dann an die Vorlage betr. die Bewilligung von Mitteln zur Verbesserung der Kopf für die Besucher des nassischen Obdachs. Auch diesmal spielt in der Aussprache die Frage über die nunmehr seit 25 Jahren „vorübergehend“ im Obdach untergebrachte Polizeistation für geschlechtsranke Weiber eine Hauptrolle.

Zur Verbesserung der Abendsuppe und des Morgentranks werden für die beiden Monate März und April 1921 je 100 000 Mark bewilligt.

Schluß 1/10 Uhr.

### Oberstadtschulrat Paulsen über seine Ziele.

Wilhelm Paulsen, der in voriger Woche in sein Amt eingeführte Oberstadtschulrat der neuen Stadtgemeinde Berlin, hatte am Dienstag die Vertreter der Presse zu einer Besprechung eingeladen, in der er seine Grundzüge und Pläne vortrug. Ich fühle, sagte er einleitend, in diesem Augenblicke des Anfangs die ganze Schwere der Verantwortung gegenüber meiner Aufgabe. Aber ich weiß, daß sie selbstverständlich nicht von einem Mann zu lösen ist. Die Schule ist letzten Endes eine Wirkung aller Kräfte der menschlichen Gesellschaft überhaupt. Er wandte sich dann gegen die Beunruhigung, die in weiten Kreisen entstanden sei, weil er sich einer kirchlichen Konfession entzogen habe. Er sei kein Feind der Religion, aber er glaube, daß der Religionsunterricht in seiner bisherigen Form die Quellen der Religion verschüttet habe. Religiöse Dogmen und religiöse Kämpfe bringen uns auseinander — wir wollen wieder Religion haben! Zu der Anweisung der Durchführbarkeit seiner Pläne bemerkte er, daß er es für einen Frenkel halten würde, plötzlich das ganze Schulwesen umwerfen zu wollen. Dazu fehlten ja in den Menschen die inneren Bedingungen, aber man solle sich etwas finden, wolle er für eine Umgestaltung der Schule seine Kraft einsetzen. In der Schule könne das Volksganze gefunden, sie müsse alle Teile des Volkes zusammenführen und das Glücksgefühl der Volksgemeinschaft wiederherbringen.

Seine Gedanken hat Paulsen in einem an Lehrer, Eltern, ältere Schüler und an Freunde der Schule gerichteten Aufruf niedergelegt, den er zur Grundlage der Erörterung machte. Die Schule möge, mahnt er darin, die erste Kundgebung unseres Willens zur Gemeinschaft sein. Als Unterrichtsanstalt hat die Schule in der vergangenen utilitaristischen Zeit mit ungeheurer Angst ausgebildet und entmenslicht Methoden, die die Gefahr über uns alle brachten, das Menschliche in uns zu objektivieren und zu mechanisieren, ihren Zweck erfüllt. In der heutigen Zeit des tiefsten Unglücks aber wissen wir, daß nur mit der Entfesselung der schöpferischen Kräfte in uns und der Jugend der Aufbau unserer geistigen und materiellen Wirtschaft geschehen kann. Dafür die Voraussetzungen zu schaffen, ist unsere Aufgabe. Die neue Schule ist nichts Fertiges, kann auch nicht von Behörden und Gesetzgebung verordnet

wesen, später hatte sich nie eine Gelegenheit zu einer Reise nach Kopenhagen geboten. Er und Sörine hatten oft genug davon gesprochen, mit den Waren hinzufahren und sie unmittelbar an die großen Verkäufer abzugeben, statt sie den Umweg über die kleineren Verkäufer daheim in der Provinzstadt gehen zu lassen, aber es war immer beim Planmachen geblieben. Heute jedoch sollte es unternommen werden. Er hatte sich eine große Firma gemerkt, deren Reklamen überall in der Provinz zu sehen waren. „Elandinasiens größte Firma in Lumpen, Knochen und alten Metallen“, so erzählten die Plakate, und sie zahlte den „höchsten Tagespreis“. Kamentlich der letzte Umstand hatte es ihm angetan.

Lars Peter stellte seine Berechnungen an, während er durch die Llyngh-Strasse nach dem „Triangel“ fuhr. Wenn er's nach den Preisen zu Hause in seiner Kreisstadt berechnete, hatte er für gut hundert Kronen Waren auf dem Wagen; suchte er nun die Hauptstadt auf, so mußte er auf fünfzigzwanzig Kronen mehr rechnen können. Vielleicht reichte das aus, die Unkosten für Sörines Befreiung zu decken. Auf die Weise schlug er zwei Fliegen mit einer Klappe, holte Sörine aus dem Gefängnis — und verdiente obendrein Geld! Es kam bloß darauf an, daß man die Sache richtig anpackte. Er listete den Schlapphut und wühlte in seiner Haarwildnis — er war guter Laune.

Am „Triangel“ hielt er an und fragte nach dem Weg. Dann bog er in den Blegdams-Weg ein und dann in eine Seitenstraße. Ueber einen hohen Zaun weg sah man Berge von stein, verrosteten Eisen: Spiralen und durchlöcherter Blech, verbogene eiserne Beistellen, verbeulte rostrote Kohlenkästen und Eimer. Hier mußte er sein. Ueber der Einfahrt zu dem Grundstück stand: Levinson u. Söhne. Export.

Der Schinder bog durch den Torweg ein und hielt am Ende des Hofes verblüfft an. Vor ihm dehnte sich ein endloser Komplex von Lagerplätzen und Schuppen hinter- und hintereinander, von eingestriegelten Häufen von Lumpen, schmuckiger Watte und rostigem Eisenblech. Auf den Seiten waren wieder Höfe, und dahinter wieder andre. Er und der große Klaus konnten bis ans Ende der Zeiten herumfahren und einsammeln, sie würden es nicht fertig bringen, nur einen von den Höfen zu füllen! Ueberwältigt sah er da und gaffte; den Hut hatte er willkürlich verstoßen abgenommen. Aber dann nahm es sich zusammen, fuhr an einen der Schuppen heran und sprang ab. Er hörte Stimmen aus dem Innern und stieß die Tür auf. Drinnen im Halbdunkel sahen ein paar junge Mädchen und sortierten irgend etwas Widerwärtiges, das wie blutige Zotten aus sah. (Fortf. folgt.)

## Stine Menschenkind.

### II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Nergö.

Lars Peter ließ seine schwere Faust auf den Tisch fallen, daß alles sich hob — der Wirt mit. „Man hat sich die längste Zeit schafel behandeln lassen — kannst du das verstehen! Ich bin nicht mehr Schinder als du und die andern. Und hör' ich den Namen noch einmal, so holt euch alle der Satan.“

„Begreiflicher Weise, begreiflicher Weise! Es war ja doch auch bloß Scherz, Lars Peter Hansen. Und wie steht es zu Hause? Frau und Kinder gesund?“ Seine Augen zuckten noch, so oft Lars Peter sich bewegte.

Lars Peter antwortete ihm nicht, sondern trank noch einen Schnaps. Der Bimmel kannte ja die Geschichte mit Sörine recht gut.

„Weißt du was — hättest die Madam mitnehmen sollen. Den Weibern macht so eine Fahrt nach der Hauptstadt Spaß,“ versuchte der Krugwirt von neuem. Lars Peter sah mißtrauisch nach ihm hin.

„Was sind das für hundsöttische Rarzenspotten?“ sagte er finster. „Du weißt recht gut, daß sie da drin sitzt.“

„Was — sitzt sie da drin? Sie ist dir doch nicht etwa fortgelaufen?“

„Lars Peter nahm noch einen Schnaps. „Sie sitzt fest — zum Teufel!“

Der Krugwirt merkte, daß es nicht anging, den Unwissenden zu spielen, man eructete bloß Lindank dafür. „Ru glaub' ich doch, daß ich was lauten gehört habe,“ sagte er. „Wie — is sie nich dem Gefeg n' bishen zu nah gekommen?“

Der Schinder lachte höhl auf. „Gewiß doch! Sie hat ihre Mutter totgeschlagen, wird behauptet.“ Der Schnaps begann seine Wirkung auf ihn auszuüben.

„Ach, Herrgott — ja, so kann es kommen,“ seufzte der Krugwirt, und er wand sich, als ob er Leibweh hätte. „Und nun willst du wohl zum König?“

Lars Peter hob den Kopf. „Zum König?“ fragte er. Der Gedanke überraschte ihn; vielleicht war das das Wunder, auf das er so lange gehofft hatte.

„Ja, der König hat über Leben und Tod zu entscheiden, das weißt du doch. Kann er einen nicht leiden, so legt er bloß: Macht mir den Burtschen einen Kopf kürzer! Und ebenso kann er die Ketten lösen, wenn er Lust hat.“

„Und wie bekommt so ein armer Teufel wie ich wohl Zutritt zum König?“ Der Schinder lachte hoffnungslos.

„Den kann jeder verlangen,“ sagte der Wirt breit. „Ein jeder im Lande hat das Recht, vor seinem König zugelassen zu werden. Erkundig' dich nur in der Stadt; jedes Kind weiß, wo der König wohnt.“

„Das weiß man wohl auch selber,“ entgegnete Lars Peter mit Selbstgefühl. „Beinah wär' man ja selber zur Garde gekommen und hätt' Posten vorm Schloß gestanden. Wären nicht die Plattfüße ein Hindernis gewesen, so —“

„Ja, so einfach ist das denn doch nicht, denn er hat viele Wohnungen. Der König hat keinen Verkehr, siehst du, sintemalen es nur den einen König im Lande gibt. Und immer nur mit seiner Frau zu schwagen, das kann kein Teufel aushalten — der König so wenig wie wir gewöhnlichen Sterblichen. Drum langweilt er sich und zieht aus einem Schloß ins andre und spielt Aufbesuchkommen mit sich selbst. Deshalb mußt du gut rumfragen. Ein Fürsprecher ist auch nicht ohne. Du hast doch Geld bei dir?“

„Ich hab' für über hundert Kronen Waren draußen auf meinem Wagen,“ sagte Lars Peter, sich in die Brust werfend.

„Ja, denn in der Hauptstadt gehn die meisten Türen schwer, wenn sie nicht geschmiert werden. Kann auch sein, daß die Schloßtüre ein bißchen freischien, aber dann —“ Der Krugwirt rieb die Finger gegeneinander.

„Dann schmieren wir eben,“ sagte Lars Peter mit großer Gesie und brach auf.

Er hatte jetzt gewaltigen Mut und brummte eine Melodie vor sich hin, während er dem Pferde das Zaumzeug umlegte und den Wagen bestieg. Jetzt mußte er, welchen Weg er zu gehen hatte; und nun hieß es: vorwärtskommen und handeln. Tag und Nacht hatte es ihm vor Augen gestanden, daß er irgend etwas unternehmen müsse, um Sörine aus dem Gefängnis zu befreien, aber was? Bei Nacht über die Gefängnismauer zu steigen und sie herauszuholen, wie man's in den Romanen las, dazu eignete er sich wohl nicht. Aber zum König gehen, das konnte er! Wäre er in seiner Jugend nicht auf ein Haar zur Wachmannschaft des Königs gekommen? „Er hat die Größe und den Bau!“ hatte man damals gesagt. Aber dann hatte man ja seine Plattfüße entdeckt und ihn für ganz untauglich erklärt; aber, wie gesagt, auf ein Haar . . .

3.

#### In des Königs Residenz.

Lars Peter Hansen war nicht ortsfundig in der Hauptstadt. Als junger Burtsche war er mit seinem Vater dort ge-















## Der „beliebte“ Tirpitz.

Flensburg, 1. März. (Bl.) Heute mittags 1 Uhr soll auf der Flensburger Schiffsverft ein 12000-Tonnen-Dampfer vom Stapel laufen. Er ist für die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel in Hamburg erbaut und wird den Namen „Tirpitz“ erhalten. Groß-Admiral von Tirpitz wird die Taufrede halten. Auch Hugo Stinnes und andere hervorzuhebende Persönlichkeiten werden zu der Tauffeier anwesend sein. In letzter Minute scheint aber der Stapellauf durch einen Beschluß der Werftarbeiter in Frage gestellt zu sein. In einem Artikel der „Flensburger Volkszeitung“ wird gegen die Benennung des neuen Schiffes mit dem Namen „Tirpitz“ protestiert. Zugleich wird mitgeteilt, daß die Werftarbeiter in einer Abstimmung mit überwiegender Zahl über die Zweidrittelmehrheit beschlossen haben, das Schiff nicht vom Stapel zu lassen wegen, wie es heißt, des anrüchigen Namens und der Anwesenheit der rühmlichen Persönlichkeiten, wie Tirpitz u. a. (Herr Tirpitz mag daraus seine maßlose Popularität erleben.)

Da ein Vermittlungsvorschlag ergebnislos verlief, spernte die Direktion der Werft heute vormittag die gesamte Arbeiterschaft, etwa 2000 an der Zahl, aus Tirpitz, der mit Stinnes und anderen Persönlichkeiten auf der Werft erschien, taufte das Schiff auf seinen Namen. Der Stapellauf erfolgte indessen nicht.

## Unpolitische Reichswehr?

Im Wehrausschuß des Reichstages wurde am Dienstag der § 34 des Wehrgesetzes beraten, der den Angehörigen der Wehrmacht innerhalb des Dienstbereiches politische Betätigung sowie ferner die Teilnahme an politischen Versammlungen verbietet. Genosse Schöpplin wies darauf hin, daß diese Bestimmung ungerechtfertigt ist. Soldaten im alten Sinne gibt es nicht mehr, geistige Männer könne man nicht verbieten, sich in Versammlungen politisch zu informieren. Die Behauptung, daß die Disziplin untergraben werde, wenn politische Betätigung zugelassen sei, bezeichnet Schöpplin mit Recht als Vorwand.

Die Reichsparteien schickten ihre Generale vor, v. Schoch, v. Gallwitz usw. Diesen alten Samojedenmenschen ist natürlich ein politisch denkender Soldat etwas Unheimliches. Ihr Ideal sind offenbar Leute vom Schlage der stumpfsinnigen Brügelhelden des Breslauer Freikorps Kulock, die Kopp für einen Bolschewisten gehalten haben. Aber auch der Demokrat Haas konnte sich nicht zur Ablehnung des § 34 entschließen. Erst recht verteidigte diesen der Reichswehrminister Gehler. Er erklärte, wenn politische Betätigung in der Reichswehr zugelassen wäre, so würde es bald dahin kommen, daß die Politik der Regierung von der Reichswehr diktiert würde. Herr Gehler will eben nicht begreifen, daß die Politik nur verboten wird für die Kaserne und nicht für das Kasino. Insofern hatte der Unabhängige Kuhn vollkommen recht mit der Behauptung, daß die Offiziere trotz des § 34 ihre Truppe in reaktionärem Sinne beeinflussen würden. — Wir haben im „Vorwärts“ schon zahlreiche Beispiele gebracht, wie das unter „nationalen“ Deckmantel gemacht wird. Man hält einfach eine deutsch-nationale Parteilinie und läßt bei „deutsch“ das „deutsch“ weg. Dann ist die Rede unpolitisch!

Schließlich wurde § 34 von der Wehrheit unverändert angenommen. Ferner wurde angenommen ein Antrag des Genossen Kadowitz (Soz.), monach sich die Ausbildung der Soldaten auch auf ihre staatsbürgerlichen und völkerrrechtlichen Verpflichtungen in Krieg und Frieden erstrecken soll. Mit knapper Mehrheit wurde ein Antrag Dr. Rosenfeld (U. Soz.) angenommen, monach die Soldaten das Recht haben sollten, nach freier Wahl Zeitungen zu halten. Regelmäßig waren die Demokraten Dr. Haas und Reichswehrminister Dr. Gehler auch gegen diesen Antrag aufgetreten, wobei Reichswehrminister Gehler der Wahrheit zuwider behauptete, in der Zeitungsfrage würde liberal vorgegangen. Wir haben hier zahlreiche Fälle namhaft gemacht, in denen der „Vorwärts“ in Kasernen verboten wurde.

## Die Breslauer Menschenhinder.

Am Dienstag wurde in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Der Zeuge Heimlich wurde am 17. März abends durch elf Soldaten mittels Auto nach dem Schlosse gebracht, wo er Spielkarten laufen mußte; dann wurde er zum Generalkommando gebracht und dort gefoltert, ob er der unabhängigen Sozialdemokratie angehöre. Nach der Antwort erhielt er Faustschläge ins Gesicht. Ein Deutscher warf ihm vor, daß er in Gaudan einen Offizier erschossen haben solle. Er verneinte dieses, worauf ihm der Offizier den Revolver an den Hals setzte und mit Erschießen drohte, falls er nicht die Wahrheit sage.

Es würde ihm so gehen wie dem Juden Schöffländer. Auch im Keller wurde ihm eine Pistole an die Stirn gesetzt, und er wurde mit Gummiknüppeln und anderen harten Gegenständen bearbeitet. Der Angeklagte Walter rief dem Leutnant zu: „Schlecht das was doch toll! In einer Ecke brach der Zeuge dann bewusstlos zusammen. Als er wieder zu sich kam, schlug der Angeklagte Biskup auf ihn ein, und zwar solange, bis er keinen Laut mehr von sich gab. Man wollte ihn durchaus zu einem Schuldenkenntnis zwingen. Vor Schmerzen bekannte er sich schuldig.

Der nächste Zeuge, Dr. Hansen, Chemiker, war zu jener Zeit Arzt beim Autod-Bataillon. Er schildert den Walter als einen strammen Soldaten, gegen den er nichts Rachartiges sagen könnte. Der Arzt Dr. Beriber, damals beim Freikorps Paulsen tätig, hat einzelne Zeugen untersucht. Die Zeute hätten sich körperlich und geistig ganz gut befunden!!! Der Zeuge, Schiffsarbeiter Keller, wurde am 16. März früh 4 Uhr in seiner Wohnung in Lohensch aus dem Bette verhaftet, ohne zu wissen, um was es sich handelte. Es wurde ihm zur Last gelegt, sich politisch betätigt zu haben, ferner Maschinengewehre besessen zu haben. Gegenbeine strafbare Handlung hatte er nicht begangen. Man brachte ihn ins Generalkommando und stellte ihm zunächst dem Oberleutnant Kulock vor. Im Keller wurde er dann mit harten Gegenständen bearbeitet. Walter habe ihn den Mannschaften mit den Worten vorgeführt:

Das ist der mit dem Eisenkreuz. Keller trug tatsächlich berechtigter Weise das Kreuz und hatte es angeheftet. Dann wurde der Zeuge wiederum mit einer Peitsche geschlagen. Der Zeuge will die drei Angeklagten mit voller Bestimmtheit wiedererkennen. Von morgens bis abends mußte er mit dem Gesicht nach der Wand zu stehen. Walter habe den Befehl gegeben, sobald sich einer umdrehe oder spreche, solle erschossen werden. Er beobachtete auch, daß alle Leute, die das Zimmer betreten, schwer mißhandelt wurden. Biskup sei der Haupttäter gewesen. Er habe ihn nur mit der Peitsche oder Gummiknüppeln in der Hand gesehen.

Der Arbeiter Schröder ist ebenfalls am 16. März in Klein-Tschansch aus dem Bett heraus von einer Autod-Patrouille verhaftet worden. Auch er erklärt, daß er nach seiner Einlieferung ins Generalkommando schwer mißhandelt worden sei, und zwar durch Schläge mit einem Stahlhelm. Der nächste Zeuge, Arbeiter Klinka, war am 16. März auf der Post-Brücke. Er wurde unter der Beschuldigung verhaftet, eine Bekanntmachung der neuen Regierung abgerissen zu haben. Im Generalkommando fragte ihn ein Offizier:

ob er seine kalte Abreibung weghabe. Nach Bejahung der Frage mußte der Zeuge von abends 7 Uhr bis früh 11 Uhr mit dem Gesicht nach der Wand stehen. Ähnlich erging es den nächsten Zeugen, dem Schmied Schaar, und dem Arbeiter Janus.

Genosse Friedrich Stammer hat sich einer Demonstration unterzogen müssen, die glücklich verlaufen ist. Er hofft (und seine Kollegen mit ihm!), daß er in einigen Wochen mit frischen Kräften wieder an die Arbeit für den „Vorwärts“ und die Partei gehen kann.

# Die rechten Kerthoff-Parteien.

Im Reichstag ließ am Dienstag der Finanzminister auf eine Beschwerde, daß bayerische Finanzämter auch von den Kosten der Beherbergung, Beköstigung und sonstigen Naturalleistungen der im Betrieb beschäftigten

### Arbeiter die Umsatzsteuer

erheben, erklären, das „entspreche der Rechtslage, da die Befreiung von der Umsatzsteuer dann nicht gilt, wenn Familienangehörige, die im Betrieb beschäftigt werden, im Hause mitwohnen und mitbelöstigt werden.

In der Ecksberatung spricht zum Reichsfinanzministerium zunächst

### Abg. Reil (Soz.):

Dr. Hefferich hat nicht, wie wir erwarteten, sich zu Beginn der Debatte zum Fall von den Kerthoff geäußert, obwohl wir dem Kämpfer für die gute Moral dieses Vorzugrecht gern eingeräumt hätten. So wird Herr von den Kerthoff erst nach mir seinen Hefferich finden. Die Brüsseler Sachverständigen der Entente behaupten, unser Etat für 1920 sei zu Propagandazwecken stark freisiert, insbesondere seien die Posten zur Ausführung des Friedensvertrages höher angelegt als in Wirklichkeit. Ich bitte um Auskunft darüber, in der Hoffnung, daß diese Angaben sich als unzutreffend erweisen. Natürlich müssen wir offen und ehrlich vorgehen.

In Brüssel ist auch von den deutschen Sachverständigen nicht immer richtig gearbeitet worden. Unterstaatssekretär Schröder hat wiederholt erklärt, daß unsere direkten Steuern schon unerträglich hoch seien, daß aber die indirekten Steuern noch einen weiteren Ausbau erlitten. (Hört, hört! links.) Diese Versicherungen waren politisch wertlos, materiell aber völlig unbegründet. Wir hatten einen Beamten für ungesiegt zur Wahrung deutscher Interessen im Ausland, der nicht zu wissen scheint, wie empört das deutsche Volk ist über das völlige Versagen in der Ausführung der Besitzsteuerpolitik. Weiß Schröder nicht, daß noch 10 bis 12 Milliarden in heimischen Versteuern der Besteuerung

werden, kennt er nicht die Ausführungen von Havensteins über die unerträgliche Last der tuberkulösen und hungernden Großstadtkinder? Er aber macht Ausführungen über die schwere Not der Millionäre auf Grund falscher Berechnungen. Insofern haben die östlichen Sachverständigen empfohlen, die Besitzsteuern in Deutschland zu erhöhen, die indirekten Steuern, z. B. die Umsatzsteuer oder zu erhöhen. Leider hat auch der Reichsfinanzminister sich hin und wieder von der Steuerlehre der Besten beeinflussen lassen. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz konnte wegen der

### Doppelklausur eines Teils der Regierungsparteien

nicht verabschiedet werden. Man will dort den Steuertarif in den oberen Stufen mildern. Wirkliche Unterstützung hat der Minister bei dem Gesetz nur von den Sozialdemokraten erfahren. Zur Besteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse der Massen hat Graf Westarp für einen bürgerlichen Steuerblock seine Dienste angeboten. Wenn etwa unter der Führung des Herrn von den Kerthoff ein solcher Steuerblock zustande käme (Unruhe rechts), dann wäre sofort die gefährliche Front der ganzen deutschen Arbeiterschaft herangestellt. Die Steuerreform ist untergraben worden durch den Kampf der Rechten gegen die Besitzsteuern. Zum

### Fall von den Kerthoff

beantwortete die Deutschnationalen zu Anfang dieser Session Aussetzung aller Strafverfahren gegen Kerthoff, was einstimmig angenommen wurde. Kerthoff und seine Fraktion hatte nicht, wie Erzberger, das Bedürfnis, die Immunität aufzuheben. Und dann hatte Kerthoff nichts Gileres zu tun, als unter dem Schutz der Immunität die Siegel von seinem Geldschrank strafbarerweise zu entfernen. (Hört, hört!) Abg. Schulz-Bromberg stellte damals die Auffassung dieser Angelegenheit in nächste Aussicht. Kerthoff hat die Auffassung planmäßig verhindert. Er entfernte die Siegel, verweigerte die wichtigsten Auskünfte und machte sich die Diebstähle der entscheidenden Akten zunutze. Dann ließ er sich vom Finanzamt Bohwinkel ein gefälschtes Ehrenzeugnis ausstellen. (Abg. Hefferich (Dnat.): Wer hat gefälscht?) Das wollen wir gerade wissen. Ich frage den Finanzminister, wie der Vorstand des Finanzamts Bohwinkel zu der Ausstellung dieses gefälschten Ehrenzeugnisses gekommen ist. Die ganzen Schiebungen und Bestechungen sind in diesem Falle schon vor der Revolution passiert, zur Zeit der glänzenden Ära Hefferichs. Und die Bestechungsgelder sind gezahlt an kaiserliche Beamte und Offiziere. Wegen des Siegelbruchs muß der Staatsanwalt noch einmal ein Verfahren beantragen, denn dies gemeine Vergehen hat von den Kerthoff erst nach der Verfassung der Genehmigung durch den Reichstag begangen. Ich frage den Finanzminister, was es mit dem

### Fall der Firma Wagner

auf sich hat? Herr Wagner, der Herrn von den Kerthoff nicht ganz fernsteht, ist ebenfalls in ein Verfahren wegen großer Steuerhinterziehungen verwickelt. Weiter frage ich: was geschieht mit Steuerbeamten, die sich zu Unrecht lassen von Steuerpflichtigen, deren Steuererklärungen beanstandet waren. Wie ist sich das Rätsel, daß viele Industriellen trotz Reichsnotopfer und anderer Besitzsteuern ein vielfach gehobenes Vermögen besitzen, als vor dem Kriege? Ist es richtig, daß Herr Stinnes sich weigert, seine eigenen Steuererklärungen zu unterschreiben? Man sollte die Steuererklärungen von einer gewissen hohen Einkommensstufe an zur öffentlichen Ansicht auslegen (Sehr richtig!) Besonders die Rundschau des Schlesierbankhauses Gruber sollte samt den hinterzogenen Steuerbeiträgen öffentlich bekanntgemacht werden. Herr Hefferich sowie die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ müßten dieses Verlangen eigentlich unterstützen, da sie es waren, die feierlich „feststellten“, daß kein Mitglied des Hohenzollernhauses in irgendwelchen finanziellen Beziehungen zu Gruber stünde. Herr Abg. Kahl wird sicher auch dafür sein. (Abg. Kahl [D.Vp.] nickt.) Wir werden alle gemeinsam diesen Antrag stellen. (Abg. Kahl: Sehr gut!) Natürlich müssen auch die Namen derer genannt werden, die mit Strafverurteilungen davon gekommen sind. (Abg. Kahl: Ganz einverstanden!) Kann der Finanzminister erklären, wie es eigentlich kommt, daß die

### Rundschau des Hauses Gruber nur Strafbescheide

erhalten hat, während gegen Erzberger Strafverfolgung eingeleitet ist? Ist Erzberger der Steuerhinterziehung schuldig, muß er natürlich seinen Richter finden; ist er aber unschuldig und wird er nur aus politischen Gründen verfolgt und verleumdet, so muß er den Schutz des Hauses finden. Der Kampf gegen Erzberger ist kein Kampf für die Steuermoral, sondern der Kampf der Deutscher vor der Steuerabgabe gegen die steuerliche Belassung des Besitzes. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hefferich (Dnat.): Meine Wortmeldung als Mitberichterstatter lag gestern in der Tat vor. Berichterstatter war eigentlich Abg. Henke, aber er erschien nicht. (Zuruf links: Dr. Herz hatte den Auftrag vom Ausschuss!) Meine Fraktion erklärt, daß sie die Beschuldigungen gegen Kerthoff eingehend geprüft hat mit dem Ergebnis, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nach Lage der amtlichen Ermittlungen nicht erwiesen sind. Kerthoff hat selbst Unternehmung beantragt. Zur vollen Aufklärung tritt auf seine Bitte die Fraktion für die Aufhebung der Immunität ein. Es ist unmöglich, daß Kerthoff den Behörden Auskünfte und Aufklärungen verweigert hat. Ebenso fehlt jeder Beweis, daß sich Kerthoff den Diebstahl seiner Akten zunutze gemacht habe. Ich bedauere, daß Abg. Reil einem unserer Vertreter in London, dem Staatssekretär Schröder, berart in den Rücken fiel. Daß die Novellen noch nicht erledigt sind, ist nicht unsere Schuld.

### Neue indirekte Steuern sind unvermeidlich,

und wenn Sie (zu den Soz.) damit gegen uns agitieren wollen, so werden wir Ihnen schon das Agitationswasser abgraben. Das Besitzabgabengesetz kann in der jetzigen Form nicht durchgeführt werden; das hat auch Abg. Reil einmal zugegeben.

### Reichsfinanzminister Dr. Wieth:

Ich werde mich nur mit äußerster Vorsicht zu den vorliegenden Fällen äußern, denn die Herren von rechts lehnen bei solchen Fällen den Stiel gern um. So heißt es in einem Artikel der „Kreuzzeitung“, den ich seither immer bei mir trage (Heiterkeit), Kerthoff sei selbst der Meinung, daß die Akten nicht zufällig, sondern nur darum verschwunden seien, um einen Fall Kerthoff überhaupt möglich zu machen! Auch die „Tägliche Rundschau“, die doch einer Regierungspartei nicht gar so fern steht, nimmt solche Schmeicheleien auf wie: „Auf Veranlassung Dr. Wirths ist wohl das behelfende Gutachten des ersten Bearbeiters der Erzbergerischen Steuerhinterziehung unbeschadet geblieben.“ Ich habe mich streng gehalten, irgendwie in das schwebende Erzberger-Verfahren einzugreifen. Doch je sorgfältiger und zurückhaltender sich der Finanzminister benimmt, um so schärfer wird er von rechts angegriffen, so daß eines der führenden Blätter der Rechten vom

### „Fall Kerthoff oder Fall Wieth“

schreibt: Die Erklärung Hefferichs im Namen seiner Fraktion ist mir sehr erwünscht. Auch ich habe die Angelegenheit weiter verfolgt, habe mir die betreffenden

Beamten aus Bohwinkel und Düsseldorf hierher kommen lassen und erwarde jetzt weiteren Bericht auch vom Regierungsrat Kaufmann. Ich habe ihn insbesondere eingehend gefragt, ob er seine damalige Erklärung irgendwie von außen beeinflusst abgegeben hat, die über die Erklärung hinausgegangen ist, wie sie vorher im Finanzamt vereinbart worden war. Er erklärt, daß er von keiner Seite beeinflusst worden ist. Dem Geschäftsordnungsausschuß bin ich bereit, Auskunft über den Fall Erzberger zu geben. Bei der Entscheidung über die Immunität Erzbergers wird ausführlich darüber gesprochen werden. Die Angriffe Reils gegen Staatssekretär Schröder muß ich auf das schärfste zurückweisen. Der Staatssekretär hat in Brüssel und anderswo sehr schwere Stunden durchgemacht und die Regierung ist ihm dankbar, daß er sie auf sich genommen hat. Die Behauptung, daß er zur Vertretung deutscher Interessen ungeeignet sei, schließt über das Ziel weit hinaus. (Zurufe rechts.) Wenn die Zeitungen der Rechten Angriffe bringen, dann zucken Sie (nach rechts) nicht mit den Augen. Da ist die

### Ehre eines Mitmenschen Ihnen gleichgültig.

Es war den Sachverständigen in Brüssel nicht zu vermerken, gewissen steuerlichen Überzeugungen Ausdruck zu geben. Die einzelnen Punkte können im Ausschuss nachgeprüft werden. Der Etat war keineswegs frisiert. Wir rechneten mit 40 Milliarden Fehlbetrag, doch hat jetzt der ordentliche Haushalt einen Fehlbetrag von 83,5 Milliarden, dazu kommt der Fehlbetrag der Eisenbahnen mit 16,4 und der der Post mit 2,9 Milliarden. Im ganzen ist ein

### Fehlbetrag von 83,6 Milliarden

zu verzeichnen. Wenn die Militären nur einen Augenblick unseren Haushalt ansehen, dann müssen sie sich leicht davon überzeugen, daß unsere Etatspläne stimmen. Dasselbe gilt von den Belastungskosten. Der Etat für 1921 hat einen ordentlichen Bedarf von 44,3 Milliarden. Der außerordentliche Haushalt für 1921 weist heute schon einen Fehlbetrag von 42 1/2 Milliarden auf. Wir kommen schon in diesem Jahre um einen definitiven Verlust der Ordnung unseres ordentlichen Haushalts nicht herum. Die

### gemeine Schuldverpflichtung des deutschen Volkes

beträgt heute schon: Fundierte Schuld 85,8 Milliarden, schwedende Schuld 161,54 Milliarden; Zahlungsverpflichtungen des Reiches 11 Milliarden, Sicherheitsleistungen 7 Milliarden, fundierte Eisenbahnschulden und Restausgaben 21 Milliarden, Erlöse der Kriegsausgaben der Länder 13 Milliarden, Summa:

### 200 Milliarden Mark Schulden.

Zur Beseitigung oder zum Abbau der Besitzsteuer kann kein Finanzminister die Hand bieten. Anträgen auf Abbau der oberen Einkommensstufen kann ich nicht zustimmen. Meine Finanzführung ist in Zukunft unmöglich ohne Lösung des Problems neuer Steuern. Eine zu große Verstärkung der direkten Steuern eines bereits damit überlasteten Volkes schwächt die Konsumkraft des Volkes, aus der die indirekten Steuern sich ergeben sollen.

Abg. Dr. Herz (U. Soz.): Die deutschnationalen Abg. Schulz-Bromberg und Hefferich haben im Ausschuss den Finanzminister mit allen Mitteln zur Anerkennung der Ehrenerkennung des Finanzamts Bohwinkel zu pressen gesucht. Unter der Wucht des Materials mußten sie sich dann dazu bequemen, die Forderung einer Ehrenerkennung als nicht mehr berechtigt zu bezeichnen. Ist es richtig, daß die

### Hefferich und Westarp die Verfasser

des unzutreffenden Ausschussberichts in der „Kreuzzeitung“ sind? Der Widerspruch zwischen der Erklärung des Finanzamts Bohwinkel und der des Landesfinanzamts Düsseldorf berechtigt zu dem Vorwurf einer gefälschten Ehrenerkennung. Kerthoff hat merkwürdigerweise nicht einmal eine Abschrift der Unterlagen zurückgehalten, wie es jeder Steuerzahler tut. Leider handelt es sich nicht um einen Einzelfall. Kerthoff hat ja auch hier unter dem Mantel öffentlicher Interessen versucht, Privatgeschäfte zu machen. Hier hat er abgefristet, irgend etwas mit der Firma Wagner u. Engler zu tun zu haben; dabei ist er Direktor der Aktiengesellschaft Krone, in deren Besitz sich diese Firma befindet. Das Disziplinarverfahren gegen einen höheren Beamten des Wirtschaftsministeriums wird im Interesse Kerthoffs absichtlich verschleppt. (Bewegung.) Dieser Mann spielte sich in seiner Heimat als Vorkämpfer gegen die Korruption auf. Am Niederrhein wird behauptet, daß Finanzbeamte gegen Bezahlung falsche Steuererklärungen ausfertigen. Wieviel Beamte sind zur Privatindustrie übergegangen? Als die Arbeiterschaft empört war über die Lohnabsätze, ist man mit staatlichen Nachmitteln gegen sie vorgegangen. Auch gegen diese Drückeberger müssen schärfere Maßnahmen Wah greifen. Man darf nicht in einem Augenblick neue indirekte Steuern ankündigen, wo die Besitzsteuern infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse viel milder geworden sind. Besonders unerhört wäre die Verwirklichung des Planes, die Zuckerversteuerung um 700 Proz. zu erhöhen. Schon heute verteilen viele Proletarier ihre Zuckerkarten, weil sie sich den Zucker nicht mehr leisten können. Wenn der Minister die deutschen Finanzen sanieren will, so werden wir ihn gern unterstützen, solange es sich um wirklich gerechtfertigte Steuern handelt; eine Erhöhung der indirekten Steuern aber würde mit allen Mitteln rücksichtslos bekämpft. (Beifälliger Beifall bei den U. Soz.)

### (Schluß in der Beilage.)

## Prozess Sonnensfeld und Benossen.

Die Dienstagvormittagsitzung nahm einen recht eintönigen Verlauf, da es sich lediglich um die rechnerische Darstellung der einzelnen Lieferungen an die Markterweiterung des Korps Püttwig handelte. Es mußten deshalb sämtliche Rechnungen zur Verlesung gebracht werden. Hieran schloß sich eine zahlenmäßige Erörterung der einzelnen Posten. Es wurde dann über Sonnensfelds Ueberpreise verhandelt und wiederum wurde v. Frankenberg durch Sonnensfeld Vater und Sohn belastet.

### Donnerstag Fortsetzung.



# Gewerkschaftsbewegung

## Neuer kommunistischer Unfug in Verzug.

Eine örtliche Differenz in den Umbi-Werken, Ober-schöneweide, soll allem Anschein nach wieder einmal dazu dienen, eine kommunistische „Aktion“ zu veranstalten. Die bekannten revolutionären Obleute unter Führung von Schwarz wollen den Konflikt benutzen, eine gewaltsame Schließung anderer Großbetriebe, zunächst des Kabelwerks Oberspreewitz, zu erzwingen. Schon gestern, Dienstag nachmittag, erschien eine große Anzahl Kollegen von Umbi im Kabelwerk mit der Erklärung, morgen früh wiederzukommen, um die Arbeiter evtl. gewaltsam herauszuholen.

Der „Fall Loewe“ sollte den Arbeitern eine Warnung sein und sie veranlassen, bei diesem neuesten kommunistischen Unfug kaltes Blut zu bewahren und sich auf keinen Fall durch gewaltsame Drohungen einschüchtern zu lassen.

### Wer übt Terror?

In unserer Morgenausgabe vom 24. Februar gaben wir unter obiger Ueberschrift ein Schreiben bekannt, das der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten an eine diesem Verbands nicht angehörende Firma richtete, die nicht am Streik beteiligt ist. In diesem Schreiben wurde der Firma angedroht, daß man ihr „beikommen“ und diese Drohung „wahrnehmen“ werde. Ueber die Veröffentlichung seines Schreibens durch uns war der Arbeitgeberverband demnach entsetzt, daß er der fraglichen Firma abermals ein längeres Schreiben zugehen ließ. Wir versagen es uns, den ganzen Brief hier abzurufen, um so mehr, als wir Wert darauf legen, unseren Lesern nur solche Arbeiten zu unterbreiten, die in einem einwandfreien Deutsch geschrieben sind. Einige Stellen mögen aber doch hierher gesetzt werden, um zu zeigen, mit welchen Mitteln von Arbeitgeberseite gearbeitet wird. Es heißt in dem Schreiben u. a.:

„Wir werden Ihnen nun einmal zeigen, wie man gegen Firmen wie die Ihre vorgehen muß. Wir erlauben Ihnen auch, dieses Schreiben dem Schneiderverband zur Veröffentlichung einzusenden, denn Sie würden Ihre Heldentat dadurch nur noch verhöhnern.“

Es folgt dann eine lange Auseinandersetzung darüber, was Terror ist. Den Arbeitern wird vorgeworfen, daß sie Streikbrecher schlagen und mit Gewalt von der Arbeitsstätte fernhalten. Die Arbeitgeber hingegen wehren sich nur „mit wirtschaftlichen Kampfmitteln, aber nicht durch Anwendung der rauen Gewalt“. Wie diese wirtschaftlichen Kampfmittel aussehen, zeigt der Schluß des Briefes, der folgenden Wortlaut hat:

„Sie haben, das betonen wir nochmals, sich mit Ruhm bedient. Nun sollen Sie den Unterzeichneten auf dem Plan finden. Er wird Ihr Verhalten nicht allein den Lieferantenverbänden schildern und um die Sperre ersuchen, sondern es auch den Detailfirmen mitteilen.“

Wir wiederholen noch einmal unsere Frage: Wer übt Terror? Nach dieser neuesten Leistung des Verbandes der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten kann die Antwort nicht schwer fallen. Herr Stern kann sich dazu gratulieren, daß er der Vertreter eines Arbeitgeberverbandes und nicht einer Arbeitnehmerorganisation ist. Sonst würde er sicherlich schon einen Staatsanwalt „auf dem Plan finden“, der gegen ihn wegen Rädeltung die Klage erheben würde.

### 14. Verbandstag der Böttcher.

Frankfurt a. M., 28. Februar.

Im hiesigen Gewerkschaftshaus begann heute der Verbandstag der Böttcher und Böttcherhilfsarbeiter Deutschlands. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist durch Grahnmann vertreten.

Verbandsvorsitzender Winkelmann-Bremen eröffnete die Tagung mit einem Hinweis auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands. Das Gebot der Stunde für die deutsche Arbeiterklasse sei, einig und geschlossen zusammenzutreten, um nicht allein dem wieder kähnen werden den Unternehmern, sondern auch dem Pariser Diktat ein Paroli zu bieten.

Als Vorkonferenzen wurden Stein-Hamburg und Müller-Frankfurt a. M. gewählt. Nach Erledigung geschäftlicher Formalitäten erstattete Wagner-Bremen den Geschäftsbericht. Er besprach eingehend die Vorgänge bei der Revolution in Bremen, wo die Tätigkeit der Gewerkschaften durch das Vorgehen der unabhängigen und kommunistischen stark beeinträchtigt wurde. Das Verbandsorgan wurde unter Zensur gestellt und die Verbandsbureaus zeitweilig geschlossen. Verbandsvorsitzender Winkelmann trat in die bremische Regierung ein. Auf Grund dieser Tätigkeit werden gegen Winkelmann bestige Angriffe erhoben.

die sich zu einer größeren Beschwerde verdichteten. Aber die der Verbandstag entscheiden wird. — Die andere Organisation nahm auch der Verband der Böttcher nach der Revolution einen starken Aufschwung, der die Anstellung weiterer Kräfte im Zentralvorstand nötig machte. Der Berichterstatter besprach dann noch eingehend die Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden, wie den Brauereibund, Fabrikarbeitern und Holzarbeitern. Trotz des Eingreifens der Generalkommission konnten die Differenzen nicht zur Zufriedenheit erledigt werden.

Den Bericht der Revisoren erstattete Johann Vagnietz-Dresden und den Bericht des Ausschusses Wätzig-Hannover.

### An die deutschen Strumpfwirker!

Unserer Redaktion ging gestern Abend ein Telegramm aus Buenos Aires zu, in dem mitgeteilt wird, daß sich die dortigen Strumpfwirker im Streik befinden. Agenten sind auch in Deutschland tätig, um Streikbrecher zu werben. Wir bringen diese Mitteilung zur Kenntnis der deutschen Strumpfwirker und erwarten, daß sie sich nicht dazu hergeben, ihren streikenden Kameraden in den Rücken zu fallen.

### Drohender Streik in den Konditoreien.

Trotzdem der Schlichtungsausschuss durch zwei Schiedsprüche die Löhne für das Konditoreipersonal in durchaus bescheidenen Grenzen festsetzte, haben die Arbeitgeber diese beiden Schiedsprüche abgelehnt. Sie erklären, daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe in Frage gestellt würde, daß eine Preiserhöhung nicht mehr möglich sei. Das letztere mag zutreffen, aber die Herren vergessen zu erwähnen, daß sie die Preise bisher so hoch schraubten, daß die Käufer sich dagegen auflehnten. Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe ist auch nicht in Frage gestellt, wo sich der Unternehmer um seinen Betrieb kümmert. Ist es einem anderen Kleinhändler möglich, recht oft tagelang von seinem Geschäft fern zu bleiben und dem Jagdbogengängen zu fröhnen oder kostspielige Reisen zu unternehmen? Sie sehen die Zeiten wieder herbei, wo sie den Gehilfen mit 30 bis 50 M. Monatslohn abspesen konnten, stellen wir doch noch im Frühjahr 1919 fest, daß Familienväter für 35 Wochenlohn arbeiteten.

Die Angestellten sehen nun tagtäglich den Unterschied ihrer Lebenshaltung und der ihrer Arbeitgeber, sie sehen den Luxus, der getrieben wird, und die Erbitterung über die scharfmacherischen Maßnahmen steigt aufs höchste. Denken die Arbeitgeber nicht im letzten Moment ein, ist der Streik unvermeidlich.

Die Organisation ist gewillt, den Kampf mit allen Mitteln durchzuführen, und sie appelliert dabei an die Mithilfe des Publikums. Wir haben bei der Gewerkschaftskommission den Boykott beantragt und bitten alle Geschäftsleute, Restaurateure usw., welche gewillt sind, den Verkauf von Konditoreiwaren zu übernehmen, ihre Adresse nach dem Verbandsbureau zu melden. Da eine ganze Reihe Arbeitgeber uns die Bewilligung zugesagt haben, sind wir in der Lage, in jedem Bezirk leistungsfähige Konditoreien nachzuweisen. Da noch ein großer Teil Angestellter in Kost und Logis sich befindet, bitten wir die Genossen, welche bereit sind, solchen Kollegen beim Streik vorübergehend Unterschlupf zu gewähren, um die Angabe ihrer Adresse. Die Angestellten zu gebitten wir, die Ruhe zu bewahren und die Parole der Organisationsleitung abzuwarten.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.  
Berlin, Engelauer 14/15 III, Telefon: Moritzplatz 2396.

### Streik der Koloristinnen.

Die Koloristinnen, Heimarbeiterinnen und Beschäftigten bei selbständigen Koloriermeistern sind in der letzten Woche in den Ausstand getreten. Sie kämpfen um die Anerkennung des gefällten Schiedspruchs, wonach der Lohn um 40 Proz. zu erhöhen ist. Die Koloristinnen sind mit dem Kolorieren der Buntpostkarten beschäftigt und verdienen durchschnittlich im Monat wöchentlich 78 Mark. Die berechnete Erhöhung des Lohns um 40 Proz. ist seit Dezember v. J. gestellt. Seitens der Zwischenmeister sind die Verhandlungen verschleppt worden. Man hat sich nicht dazu verstehen können, entsprechend dem ersten Schiedspruch des Schlichtungsausschusses die Löhne zu erhöhen. Koloristinnen in den Photobetrieben haben infolge des Gesamistreiks der Branche zurzeit einen Wochenlohn von 112 M., falls sie einen eigenen Hausstand haben 122 M. Das gab dem Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Veranlassung, mindestens diese Löhne für alle Arbeiterinnen zu erreichen oder durch einen Streik das Zwischenmeisterstern niederzukämpfen.

Von den Heimarbeiterinnen wird strenge Solidarität erwartet. Bericht über die Firmen, die den Schiedspruch schon anerkannt haben, wird in der heute, nachmittags 3 Uhr, im Saal 11 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, stattfindenden Versammlung gegeben.

Der Streik in der Luzuspapierfabrik Kuhner u. Berger, Inh. Silberstein, Berlin N., Lottumstr. 10, geht weiter, da sich der Inhaber dieser Firma nicht bereit erklärt hat, die Tariffrage anzuerkennen. Die Firma ist daher bis auf weiteres noch gesperrt! Die Streikleitung.

### Die Wirtschaftszeitung des Arbeiters

ist die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene „Betriebsratszeitung“ geworden. Die Februarnummer (Nr. 9) bringt wiederum überaus reichen Inhalt, vor allem

den Bericht über die Betrausung in Berlin. Eingehend behandelt wird das Problem der Produktionskontrolle, die Stellung der Betriebsräte zu den Werkstoffmanipulationen, Wirtschaft und Betriebswirtschaft; ein Aufsatz behandelt die Klarheit und Wahrheit in der Bilanz, ein anderer die Bedeutung der Organisation für die Verbilligung der Produktion. Die Wirtschaftsfrage prüft eine Rundschau, die besonders wirtschaftsgeographische Kenntnisse vermittelt. In der Rubrik „Geld und Recht“ werden wichtige Beiträge gebracht. Bestellungen (vierteljährlich 3 M.) nimmt jedes Postamt entgegen. Jeder Arbeiter, der vorwärts strebt, findet hier die Schulung und Anregung, die er heute dringender denn je braucht.

### Der Budapester Zeitungsfreier.

Die Verhandlungen zwischen den ausländischen Zeitungsgesetzern und den Druckereibesitzern haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Durch Vermittlung der tschechischen Rotkiste ist es gelungen, abends eine Zeitung erscheinen zu lassen. Die Regierung hat auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes eine Druckerei mit Beschlag belegt, wo eine täglich zweimal erscheinende Zeitung hergestellt werden soll. Die Ordnung wurde nirgends gestört.

Die Einführung eines Reichsmantelgesetzes im Bergbau wird am Donnerstag abermals Gegenstand einer Beratung sein, zu der das Reichsarbeitsministerium die Beteiligten eingeladen hat.

Der Tarifvertrag für die Angestellten der Krawatten-Fabrikation ist vom Reichsarbeitsministerium mit Wirkung vom 1. Juli 1920 für die Stadtgemeinde Groß-Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Gedruckte Tarifverträge sind beim Zentralverband der Angestellten, Velle-Alliance-Str. 7/10, erhältlich.

Der Lohnabbau in der Saarindustrie macht weitere Fortschritte. Wie der Saarbrücker Berichterstatter der Dena erfährt, kündigte soeben der Arbeitgeberverband den Lohnaufschlag für die Fertigungsindustrie auf Ende März d. J.

Deutscher Verkehrs- und Fernsprechnetz- und Telegraphenpersonal, Donnerstag, 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Sekretionsversammlung. — Bronze-Telegraphenarbeiter, Mitgliederversammlung, Donnerstag, 7 Uhr, in der Pagenhofer Brauerei, Chausseest. 64.

Zentralverband der Maschinisten und Helfer. Die Anmeldungen zu dem staatlichen Belegkurs (vom 7. bis 19. März d. J.) haben sobald wie möglich bei Herrn Rechnungsrat R. K. S. Abteilung 2, Magasinstr. 26, zu erfolgen. — Die Deutscherzeitung.

# Wirtschaft

**Einzahlungen auf das Reichsnotebook.** Wie berichtet wird, ist der Gesamtbetrag des Reichsnotebooks insgesamt auf 45 Milliarden geschätzt worden, von welcher Summe etwa eine Milliarde in Form von Vorauszahlungen bereits im Jahre 1920, also bis zum 1. April 1921, erhoben werden durfte. Hiernach könnten bei einer Verzinsung von 5 Proz. 2,5 Milliarden als Zinsbetrag für 1921 angerechnet werden. Nun aber wird durch das Gesetz über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotebooks die Einziehung der Abgabe, soweit sie 10 Proz. des Vermögens nicht übersteigt, mindestens aber von 1/2 in zwei Raten am 1. Februar und 1. August vorgezogen. Von der Finanzverwaltung wird demgemäß das Erträgnis auf 20 Milliarden geschätzt, wovon je die Hälfte dem Reichshaushalt von 1920 und 1921 zugute gebracht wird. Von den 10 Milliarden des Jahres 1921 wären zur Deckung eines Teils der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts 7,8 Milliarden abzurufen, so daß als Einnahmeanlage noch 2,2 Milliarden im obentlichen Haushalt zu suchen wären.

**Silber-Preissturz.** Die Hoffnung der Silbermetallisten, den Preis des Silbers im Verhältnis zu Gold dauernd auf einer bestimmten Höhe halten zu können, wird mehr und mehr zu Wasser. In der letzten Zeit ist ein arger Preissturz für das weiße Metall auf dem Weltmarkt erfolgt — allerdings ist auch der Goldpreis erheblich zurückgegangen, von 89 1/2 Pence fiel Silber auf 32 Pence. Der Grund dieses Sturzes ist der gleiche, der schon früher immer auf den Silberpreis gedrückt hat. Einerseits ist die Silberproduktion an und für sich groß und im letzten Jahre stark gesteigert worden; andererseits die Aufnahmefähigkeit für das weiße Metall eine beschränkte. China und Indien, die hauptsächlichsten Silberkonumenten, haben neuerdings ihre Käufe gänzlich eingestellt, und dies bewirkte den Preissturz, von dem sich das Silber wohl nicht so bald wieder erholen können.

Veranda für den behalt. Zell: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Angelegenheiten: H. G. Berlin. Verlag: Hermann-Berling & Co. Berlin. Druck: Hermann-Berling & Co. Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin. Druck: Hermann-Berling & Co. Berlin.



# HERMANN TIETZ Herrenhüte 57<sup>00</sup>

<b>Oberhemden</b> weiss, mit Pikee-Falleneinsatz und festen Manschetten	<b>95<sup>00</sup></b>
<b>Oberhemden</b> farbig, durchgehend Perkal, mit Klappmanschetten und passendem steifen Kragen	<b>125<sup>00</sup></b>
<b>Nachthemden</b> mit farbigem, waschedlem Besatz und Tasche	<b>88<sup>50</sup></b>
<b>Herren-Regenschirme</b> halbbare Qualität, mit Fulleral	<b>78<sup>00</sup></b>
<b>Herren-Regenschirme</b> Halbseide, mit seidnem Fulleral	<b>95<sup>00</sup></b>

**Grosse Sortimente in Herren-Beinkleidern**  
besonders preiswert, vorrätig in allen Grössen

Sortiment I grau gestreifter schwerer Stoff	52 <sup>50</sup>
Sortiment II kammernartige Stoffe, dunkel- und mitteljarbig gestreift	98 <sup>00</sup>
Sortiment III Strapazier-Beinkleid, hell- od. dunkeljarbig gestreift	155 <sup>00</sup>
Sortiment IV für Cutaway, in vielen eleganten Streifenmustern	189 <sup>00</sup>

<b>Sportkragen</b> weiss Pikee, moderne Form	<b>4<sup>75</sup></b>
<b>Strickbinder</b> neue Muster, grosse Auswahl	<b>14<sup>50</sup></b> 19.50, 17.50
<b>Stepphüte</b> für Herren, für Sport und Reise	<b>16<sup>50</sup></b>
<b>Herrentücher</b> weiss, mit Hohlraum, gute kräftige Qualität	<b>6<sup>25</sup></b> Stück
<b>Herrentücher</b> weiss Linn, mit bunter Karle	<b>6<sup>50</sup> 7<sup>95</sup></b> Stück

## Fortsetzung des Grossen Handschuh-Verkaufs